

## Zwischen ultralinken Parteiopposition und titoistischer Verfemung

### Die pfälzische KPD 1919-1956

#### Die revolutionären Nachkriegsphase 1919-1924

Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde am 1. Januar 1919 zum Abschluß einer dreitägigen Reichskonferenz des von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geführten Spartakusbundes und der Internationalen Kommunisten Deutschlands ins Leben gerufen. Unter den 127 Delegierten des Gründungsparteitages fand sich zwar kein offizieller Vertreter aus der Pfalz, aber mit Karl Minster ein gebürtiger Edenkobener<sup>1</sup>. Da die Siegermächte des Ersten Weltkriegs in ihren Besatzungszonen der KPD zunächst jegliche Tätigkeit untersagten, war ihren wenigen Sympathisanten in der Pfalz nur eine Fraktionstätigkeit innerhalb der USPD möglich. Entsprechend mußten auch Ende 1919 die ersten drei Ortsgruppen in Speyer, Ludwigshafen und Mechttersheim illegal gegründet werden. Erst im März 1920 wurde die KPD in der Pfalz offiziell zugelassen<sup>2</sup>.

Auf einem Wahlzettel in der Pfalz fand sich die Partei erstmals am 6. Juni 1920 bei den Wahlen zum ersten Reichstag der Weimarer Republik sowie bei den Neuwahlen zum bayerischen Landtag. Beide Wahlkämpfe wurden von der KPD zur Gründung von neuen Ortsgruppen in Frankenthal und Kaiserslautern genutzt. Trotzdem lag das Wahlergebnis der KPD bei den Reichstagswahlen in der Pfalz mit 0,8 % noch unter ihrem Reichsdurchschnitt von 1,7 %. Dies entsprach 2.782 Wählerstimmen, wovon ihr allein 1.227 (3,2 %) in Ludwigshafen, 498 (4,3 %) in Speyer, 245 (2,3 %) in Frankenthal und 208 (0,9 %) in Kaiserslautern zugefallen waren. Das Ergebnis der Landtagswahl ergab keinen wesentlichen Unterschied. Damit ist offensichtlich, daß die Basis der Wählerschaft der KPD unmittelbar mit den bereits vorhandenen Ortsgruppen in der Pfalz verknüpft war. Es bedurfte also auch hier erst der Spaltung der USPD, um der KPD überhaupt einen bemerkenswerten Einfluß unter der Bevölkerung zu verschaffen. Diese erfolgte am 22. August 1920 als die pfälzische USPD, die inzwischen rund 10.000 Mitglieder in 90 Ortsgruppen umfaßte, sich auf ihrem Gautag

---

<sup>1</sup> Vgl. Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919. Hrsg. und eingel. von Hermann Weber, Berlin 1993.

mehrheitlich für einen sofortigen Anschluss an die Kommunistische Internationale aussprach. Die pfälzische KPD konnte anschließend einen sprunghaften Mitgliederzuwachs von 628 im September 1920 auf rund 4.000 bis Januar 1921 verzeichnen. Gleichzeitig wechselten 39 von 130 Abgeordneten der USPD in der Pfalz die Partei. Daß ganze Ortsgruppen der USPD, wie z.B. in Rheingönheim, zur KPD übertraten, war jedoch eine Ausnahme<sup>3</sup>.

In der Folge konnte die KPD einen wesentlichen Einfluß unter der pfälzischen Arbeiterschaft gewinnen. Deutlich wurde dies bei den Reichtagswahlen vom 4. Mai 1924. Mit 49.749 (13,5 %) Wählern im Wahlkreis 27 Pfalz übertraf die pfälzische Parteiorganisation das Ergebnis im Reich (12,6 %). In Ludwigshafen erhielt sie 24,9 % der Wählerstimmen. Darüber hinaus wurde sie in den Städten Speyer (22,9 %) und Pirmasens (20,9 %) sowie in den Bezirksämtern Speyer (23,9 %) und Neustadt (20,9 %) die stärkste Arbeiterpartei. Wilhelm Müller aus Kaiserslautern wurde über den Reichswahlvorschlag der KPD in den Reichstag gewählt. Bei den zeitgleich angesetzten Wahlen zum bayerischen Landtag erhielt die KPD in der Pfalz 12,7 % der Wählerstimmen und konnte Fritz Baumgärtner sowie Joseph Weber in den Landtag entsenden. Wesentliche Ursache für diese kommunistische Erfolge waren zwei große - wenn auch erfolglose - Streiks in der BASF gewesen, die KPD 1922 bzw. 1924 initiiert hatte, um die Wiedereinstellung kommunistischer Betriebsräte zu erreichen bzw. um die Einführung des Neunstundentages zu verhindern<sup>4</sup>.

#### Hochburg der Ultralinken 1924-1928

Trotz ihres Wahlerfolges war die pfälzische KPD aber – wie die Gesamtpartei – durch die beiden Streikniederlagen politisch in die Defensive geraten, der sie – gemeinsam mit der linken Parteiopposition im Reich - durch eine noch stärkere Abgrenzung zur Sozialdemokratie zu begegnen können glaubte. Entsprechend schloss man sich nach dem Sieg der linken Opposition auf dem IX. Parteitag im April 1924 der „Bolschewisierung“ der Partei an. Darunter wurde die Übernahme der organisatorischen und taktischen Prinzipien der Kommunistischen Partei Rußlands sowie der Theorie des Leninismus verstanden. Für die KPD bedeutete dies, die Verwerfung der Ideen ihrer Parteigründerin Rosa Luxemburg und eine völlige Neuorganisation auf der Basis von Betriebszellen, der wiederum eine

---

<sup>2</sup> Vgl. Stadtarchiv Ludwigshafen a. R., (im weiteren StALu), M 153 (Gesprächsprotokolle Hans Weber und Albert Graner) sowie Neues Leben / Ausgabe Pfalz, Jg. 2, Nr. 114 v. 31.12.1948.

<sup>3</sup> Vgl. Hermann, Alfred: Die Geschichte der pfälzischen USPD, Neustadt a. d. W. 1989, S. 191 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Schiffmann, Dieter: Von der Revolution zum Neunstundentag. Arbeit und Konflikt bei BASF 1918-1924, Frankfurt a. M. / New York 1983.

Auswechslung des Parteiapparates vorausging<sup>5</sup>. Nachdem jedoch nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im April 1925 auch die linke Parteiführung wieder eine konziliantere Haltung zur SPD einnahm, verharrte die pfälzische KPD unter der Führung von Hans Weber auf ihrer antisozialdemokratischen und damit ultralinken Position und organisierte gemeinsam mit Kommunisten aus Berlin sowie Westsachsen als „Weddinger Opposition“ eine von mehreren ultralinken Oppositionsgruppen gegen die Parteiführung<sup>6</sup>. Jedoch wurde der linke KPD-Parteivorstand – Anhänger Sinowjews – im Auftrag der inzwischen von Stalin dominierten Komintern-Führung durch die 1. Parteikonferenz der KPD am 31. Oktober und 1. November 1925 wieder abgesetzt und durch Stalin-Getreue ersetzt. Obwohl die Ultralinken entschieden gegen diesen Vorgang protestierten, schloss kein Jahr später – analog zur Gesamtpartei – die ultralinke pfälzische Parteiführung die Parteilinken aus der pfälzischen KPD aus<sup>7</sup>. Dennoch erteilte der Bannfluch Stalins neben anderen Linken und Ultralinken am 11. Oktober 1926 auch den „Weddinger“ Hans Weber<sup>8</sup>. Nur geschützt durch ihre Mehrheit in der Pfalz konnte die Weddinger Opposition deshalb auch 1927 noch in der Partei verbleiben. Weil sie sich letztlich jedoch nicht von der „internationalen Trotzki-Gruppe“ distanzierte, wurden am 31. Januar 1928 zunächst der pfälzische Bezirksvorsitzende Fritz Baumgärtner und der Organisationsleiter Max Frenzel aus der Partei ausgeschlossen<sup>9</sup>. Erst jetzt kam es auch in der Pfalz zu einer Wiederannäherung zwischen den 1926 ausgeschlossenen Parteilinken und der ultralinken Weddinger Opposition, was im März 1928 den Parteiausschluss von Hans Weber zur Folge hatte. Zur offenen Kraftprobe zwischen KPD-Führung und Weddinger Opposition kam es dann bei der gleichzeitigen Reichstags-, Landtags-, Kreistags- und Bezirkstagswahl am 20. Mai 1928, als Weddinger Opposition und die jetzt als Leninbund firmende ehemalige Parteilinke als „Alte KPD“ gegen den offiziellen Parteilistenantrag antraten. Das Wahlergebnis war eindeutig: 29.203 Pfälzer votierten für die

---

<sup>5</sup> Grundlegend zur Bolschewisierung / Stalinisierung der KPD: Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Band 1, Frankfurt a. M. 1969. Die Stalinisierung der pfälzischen KPD in der Weimarer Republik ist ausführlich dargestellt in dem einleitenden Kapitel: Die Traditionslinien, in: Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Mainz 2001.

<sup>6</sup> Die Plattform der Weddinger Opposition ist veröffentlicht, in: Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, Heft 24, Dezember 1926. Auszüge auch bei: Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Hrsg. und kommentiert von Hermann Weber, Köln / Berlin (West) 1963, S. 278 ff.

<sup>7</sup> Vgl. das an das ZK gerichtete – vergebliche – Wiederaufnahmegesuch von aus der Partei ausgeschlossenen Mitgliedern der Ortsgruppe Speyer vom 15. März 1927, in: Privatarchiv Klaus J. Becker, Ordner KPD, Bezirk Pfalz, Ortsgruppe Speyer.

<sup>8</sup> Vgl. Stalin, J. W.: Werke. Band 8, Stuttgart 1953, S. 188 ff.. Ein Überblick über das Eingreifen Stalins in die Politik der KPD ab 1924 bei Firsow, Fridrich: Das Eingreifen Stalins in die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz, Köln 1993, S. 174 ff.

<sup>9</sup> Vgl. „Warum Ausschluß Baumgärtners und Genossen“, in: Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen am 2. Februar 1928.

KPD – nur 3.127 für die AKPD. Damit war zwar nur die Minderheit des bisherigen Funktionärskörpers, aber wesentliche Teile der ständig fluktuierenden Mitgliedschaft, insbesondere aber das mit der „Roten Front“ umschriebene Parteimilieu der ZK-Linie sowie seiner Orientierung auf Stalin und die Sowjetunion gefolgt. Trotzdem erreichte das linke Bündnis mit den 0,8 % (10,7 % der KPD-Wähler) in der Pfalz das höchste Wahlergebnis überhaupt; in anderen Wahlkreisen war der Leninbund alleine gegen die KPD angetreten und hatte maximal - in Hessen-Darmstadt - 0,6 % (7,5 % der KPD-Wähler) der Wähler erreicht<sup>10</sup>. Danach marschierte die ehemalige linke und ultralinke Parteiopposition in der Pfalz wieder getrennt. Bei Kommunalwahl 1929 konnte Max Frenzel für die trotzkistische „Linke Opposition der KPD“ ein Mandat in Ludwigshafen gewinnen; er brach jedoch 1931 gemeinsam mit dem österreichischen Trotzkisten Kurt Landau mit Trotzki und führte dann bis 1933 die Ludwigshafener Sektion der Landau-Gruppe „Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)“<sup>11</sup>. In Speyer zog der schon 1926 ausgeschlossene Julius Priefer für den Leninbund in den Stadtrat ein; auch seine Organisation wirkte hier – trotz des offiziellem Verbots des Leninbundes in Bayern 1931 – bis 1933 kommunalpolitisch<sup>12</sup>. Andere bekannte Vertreter der Pfälzer Ultralinken – wie der Vertreter der Weddinger Opposition im ZK, Adolf Betz<sup>13</sup> aus Pirmasens - hatten sich bereits vor dem möglichen Parteiausschluss der zentralen Parteiführung unterworfen oder waren wie der Landtagsabgeordnete Joseph Weber<sup>14</sup> zur SPD übergetreten. Sein Bruder Hans Weber<sup>15</sup> beantragte 1930 vergeblich seine Wiederaufnahme in die KPD; Fritz Baumgärtner<sup>16</sup> hingegen wurde 1931 wieder in die KPD aufgenommen und Leiter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition in der Pfalz.

## Die Endphase der Weimarer Republik 1928-1933

Erstmals seit 1924 gelang es nach Abschluss der Säuberung dem ZK auf dem außerordentlichen 10. Bezirksparteitag am 1. April 1928 wieder die Mehrheit der pfälzischen Delegierten zu gewinnen. Diese repräsentierten noch 1.050 bei der Partei verbliebene

---

<sup>10</sup> Vgl. Zimmermann, Rüdiger: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 84 ff. und S 118 ff.

<sup>11</sup> Vgl. StALu, Protokolle des Stadtrates 1929 bis 1933 und Alles, Wolfgang: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930, Frankfurt a. M., S. 10 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Stadtarchiv Speyer, Protokolle des Stadtrates 1929 bis 1933 und Zimmermann (Anm. 10), S. 231.

<sup>13</sup> Vgl. Weber (Anm. 5), S. 171 f.

<sup>14</sup> Vgl. den Instrukteurbericht über den Ausschluß von Joseph Weber, in: StALu., Antifa-Archiv Ludwigshafen / Rhein, Privat-Archiv Hermann W. Morweiser (im weiteren AFA-Lu), SLu 181 (Ordner KPD 1926-1927).

<sup>15</sup> Vgl. die an das ZK gerichtete Ablehnung der Wiederaufnahme Webers durch die Bezirksleitung Pfalz v. 29.11.1930, in: Privatarchiv Klaus J. Becker, Ordner KPD, Bezirk Pfalz, Ortsgruppe Speyer.

Mitglieder, die in 36 Ortsgruppen organisiert waren. Drei Ortsgruppen hatten sich der nun außerparteilichen Opposition angeschlossen, acht Ortsgruppen waren dem Mitgliederverlust der pfälzischen KPD zum Opfer gefallen. Franz Dahlem erklärte als Referent des ZK auf dem Bezirksparteitag: „Die Partei hat einen erbitterten Kampf hinter sich. Einen Kampf der Vernichtung“. Da sich nur noch fünf Delegierte für die Weddinger Opposition erklärten, bezeichnete er deren Zusammenbruch in der Pfalz als „so unerhört und katastrophal, wie ich etwas derartiges in der Parteigeschichte noch nicht erlebt habe“. Zum neuen Organisationssekretär wurde Herbert Müller gewählt, der anschließend zur bestimmenden Person in der pfälzischen KPD werden sollte und schon im Mai 1928 anstelle von Fritz Baumgärtner in den bayerischen Landtag einzog<sup>17</sup>.

Die Stalinisierung des Bezirkes Pfalz wurde auch begünstigt durch die erneute Linkswende der KPD<sup>18</sup>. Sie spiegelte sich u.a. in ihrem Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wider: Erstmals seit 1925 trat die KPD im März 1929 bei den Betriebsratswahlen in der BASF wieder mit einer eigenen Liste („Liste für betriebliche und Gewerkschaftseinheit“) an, die 19,8 % der Arbeiterstimmen gewinnen konnte<sup>19</sup>. Auch der am 6. und 7. April 1929 in Kaiserslautern zusammengetretene 11. Bezirksparteitag betonte die Frontstellung gegenüber der SPD, wobei die linke Sozialdemokratie als Hauptfeind ausgemacht wurde. Weiterhin begrüßte der Bezirksparteitag den vorangegangenen „rückhaltlosen Kampf“ der Partei gegen die ultralinke Parteioption<sup>20</sup>. Der 12. pfälzische Bezirksparteitag tagte am 24. und 25. Mai 1930 in Pirmasens. Er wurde von 138 Delegierten aus 43 Ortsgruppen besucht. Laut dem Organisationsbericht vom Januar 1930 zählte die Partei 1.903 Mitglieder, wovon jedoch nur 828 auch einen Beitrag gezahlt hatten. Die Aus- und Eintritte wurden als außerordentlich stark bezeichnet und betrafen ein Drittel der Gesamtmitgliedschaft. Insgesamt konnten 1.081 Neuaufnahmen nicht integriert werden. Zur Beendigung dieses Missstandes sollte eine „Konzentrierung unserer Arbeit durch Reorganisation und Schaffung großer arbeitsfähiger Bezirke“ beitragen. Für die Pfalz bedeutete dies

---

<sup>16</sup> Vgl. Herbst, Andreas / Weber, Hermann: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918-1945, Berlin 2004, S. 78.

<sup>17</sup> Vgl. den Instrukteurbericht über den Außerordentlichen Bezirksparteitag in Kaiserslautern, in: StALu, AFA-Lu, SLu 182 (Ordner KPD 1928-1929).

<sup>18</sup> Vgl. Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg. Hrsg. von Wladislaw Hedeler, Horst Helas, Klaus Kinner und Elke Reuter, Berlin 2004.

<sup>19</sup> Vgl. Schiffmann (Anm. 4), S. 378 f.

<sup>20</sup> Vgl. die ausführliche Berichterstattung über den 11. Bezirksparteitag, in: Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen v. 8. bis 22.04.1929.

konkret den Zusammenschluss mit dem Bezirk Baden. Als Zeitpunkt hierfür wurde der 1. Juli 1930, also unmittelbar nach der Räumung der Pfalz durch die Franzosen, vorgeschlagen<sup>21</sup>.

Die geplante schnelle Vereinigung der Bezirke Pfalz und Baden wurde durch die vorzeitige Auflösung des Reichstages am 18. Juli 1930 verhindert. Zur Vorbereitung des Wahlkampfes beabsichtigten die pfälzischen Kommunisten am 2. und 3. August 1930 in der Fruchthalle in Kaiserslautern einen „Roten Wahlappell“ durchzuführen, der aber vom pfälzischen Bezirksamt verboten wurde. Das von der KPD als „Anwendung der faschistischen Diktatur“ verurteilte Verbot war für 1930 tatsächlich recht ungewöhnlich, da Saalversammlungen der KPD in der Regel noch erlaubt und Verbote lediglich im Einzelfall ausgesprochen wurden. Kommunistische Veranstaltungen unter freiem Himmel waren hingegen schon seit Beginn des Jahres untersagt<sup>22</sup>. Auch die für den 3. August 1930 zur Aufstellung der Kandidaten vorgesehene Bezirksparteiarbeiterkonferenz wurde nicht gestattet, so dass sie illegal zusammentreten musste. Die Bezirksparteiarbeiterkonferenz verabschiedete einen Wahlauf Ruf, der sich scharf gegen die Sozialdemokratie wandte: „Sozialismus in Phrasen, Faschismus in der Tat, das ist das wahre Gesicht der SPD“<sup>23</sup>. Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 blieb die pfälzische KPD mit 48.994 Wählerstimmen (10,5 %) deutlich hinter dem reichsweiten Ergebnis der KPD von 13,1 % zurück. Nur in den Amtsbezirken Landstuhl und Pirmasens Stadt hatte sie die SPD als stärkste Arbeiterpartei ablösen können. Allerdings hatte die NSDAP in beiden Amtsbezirken mehr Stimmen erhalten, als die Arbeiterparteien zusammen! Entsprechend musste die pfälzische Bezirksleitung am 21. September 1930 selbstkritisch feststellen, den Kampf gegen die SPD „konkret und in genügender Schärfe“ geführt zu haben, während „dies gegenüber den Nationalsozialisten nicht im gleichen Maße der Fall“ gewesen war. Trotzdem sprach sie von einem „glänzenden Wahlsieg“<sup>24</sup>.

Da das ZK der KPD unter dem Eindruck der Notverordnungen der Brüning-Regierung ab dem Dezember 1930 der Auffassung war, dass in Deutschland bereits eine faschistische

---

<sup>21</sup> Vgl. die ausführliche Berichterstattung über den 12. Bezirksparteitag, in: Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen v. 26. bis 31.05.1930.

<sup>22</sup> Vgl. Friedmann, Judith: Die politische Radikalisierung in der Pfalz zu Beginn der Dreißiger Jahre. Magisterarbeit an der Universität Mannheim 1993, S. 36.

<sup>23</sup> Vgl. „An alle Werktätigen der Pfalz! Manifest der Parteiarbeiterkonferenz der KPD, Bezirk Pfalz vom 2. und 3. August in Kaiserslautern“ sowie den Instrukteurbericht über die Bezirksparteiarbeiterkonferenz, in: StALu, AFA-Lu, SLu 184 (Ordner KPD 1930-1933).

<sup>24</sup> Vgl. „Vorwärts für Sowjet-Deutschland. Einstimmige Resolution der KPD, Bezirksleitung Pfalz zum Wahlsieg am 14. September und zu den nächsten Aufgaben der Partei.“ sowie das Rundschreiben der Bezirksleitung Pfalz der KPD v. 23.9.1930 an alle Ortsgruppen, in: StALu, AFA-Lu, SLu 184 (Ordner KPD 1930-1933).

Diktatur bestand, wurde nun auch die Reorganisation der Parteibezirke umgesetzt<sup>25</sup>. Entsprechend wurde der Bezirk Pfalz mit 50 Ortsgruppen und 1.380 von Beitragskassierung erfassten Mitgliedern mit dem Bezirk Baden vereinigt. Sitz des Bezirkes war Mannheim, in der Pfalz wurden zunächst drei Unterbezirke mit Sitz in Kaiserslautern, Speyer und Frankenthal gebildet<sup>26</sup>. Bereits Ende 1931 wurden die drei Unterbezirke neu eingeteilt. So wurden die Unterbezirke Speyer und Frankenthal aufgelöst und gemeinsam mit Ludwigshafen und der Vorderpfalz zu einem neuen Unterbezirk unter der Leitung von Herbert Müller zusammengefasst. Gleichzeitig wurde der von ihm bisher geleitete Unterbezirk Kaiserslautern in die drei Unterbezirke Kaiserslautern, Pirmasens und Kusel aufgeteilt, und zusätzlich wurden Anfang 1932 noch zwei Unterbezirke der KPD in Kirchheimbolanden und Landau gebildet<sup>27</sup>. Dass sich diese Dezentralisierung der KPD positiv auf die Gründung neuer Ortsgruppen und auf die Erreichung neuer Wähler gerade im ländlichen Raum auswirkte, belegen die fünf 1932 in der Pfalz anstehenden Wahlkämpfe. Auftakt hierzu war der 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932. Der kommunistische Kandidat Thälmann erhielt in der Pfalz 63.434 Wählerstimmen und erzielte damit das bisher beste Ergebnis für die KPD. Da die KPD an der aussichtslosen Kandidatur von Thälmann festhielt, votierten im zweiten Wahlgang am 10. April 1932 bereits wieder weniger Wähler für den kommunistischen Kandidaten als noch für die KPD bei den Reichstagswahlen von 1930. Schon am 24. April 1932 wurden die Wähler in Bayern anlässlich der Landtagswahlen erneut zu den Urnen gerufen. Gegenüber der Wahl vom 10. April 1932 konnte die KPD mit 48.994 Stimmen (9,5 %) in der Pfalz wieder deutlich zulegen, blieb aber erneut hinter dem Reichstagswahlergebnis von 1930 zurück, so dass zwar Herbert Müller sein Landtagsmandat verteidigen konnte, ein zweites für die pfälzischen KPD aber nicht gewonnen werden konnte. Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 konnte die KPD im Wahlkreis 27 Pfalz 58.968 Wähler (10,7 %) mobilisieren. Dadurch war sie nach den Amtsbezirken Landstuhl und Pirmasens-Stadt nun auch in Kusel, Waldmohr und Speyer-Land zur stärkeren Arbeiterpartei geworden. Eugen Herbst wurde direkt in den Reichstag gewählt. Am 6. November 1932 erzielte die KPD bei der - nach der Reichstagsauflösung vom 12. September 1932 - notwendig gewordenen erneuten Reichstagswahl mit 16,9 % der Wählerstimmen ihr bestes

---

<sup>25</sup> Vgl. Weber, Hermann: Einleitung zu „Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933“, Düsseldorf 1981, S. XXIX ff.

<sup>26</sup> Vgl. „Zwei Jahre Kampf“. Bericht der Bezirksleitung an den 1. Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands Bezirk Baden-Pfalz, Mannheim 1932, in: StALu, AFA-Lu, SLu 184, (Ordner KPD 1930-1933).

<sup>27</sup> Vgl. Bericht der Bezirksleitung an den 1. Bezirksparteitag der KPD Baden-Pfalz (Anm. 26). Die Tätigkeit der KPD in der Endphase der Weimarer Republik in Kirchheimbolanden beschreibt knapp Lehna, Britta, in: Kirchheimbolanden. Die Geschichte der Stadt, Band II, Kirchheimbolanden 1992, S. 35 ff.

Wahlergebnis während in der Weimarer Republik. In der Pfalz votierten 69.111 Wähler (12,9 %) für die Liste der Kommunisten. Neben Landstuhl, Kusel, Waldmohr, Pirmasens-Stadt und Speyer-Land war sie jetzt auch im Amtsbezirk Kaiserslautern-Land zur stärksten Arbeiterpartei geworden. Als Nachfolger von Eugen Herbst vertrat Fritz Benedum aus Kusel die pfälzischen Kommunisten im Reichstag. Entsprechend sprach die badisch-pfälzische Bezirksleitung in ihrem umfangreichen Bericht an den im Dezember 1932 abgehaltenen 1. Bezirksparteitag der KPD Bezirk Baden-Pfalz von einem „revolutionären Aufschwung“, wobei der „Antifaschistische Kampf“ in erster Linie gegen die Sozialdemokratie geführt worden sei! Gleichzeitig verschwieg die Bezirksleitung in ihrem Bericht, dass die NSDAP in der Pfalz mehr Wähler gewonnen hatte, als KPD und SPD gemeinsam mobilisieren konnten<sup>28</sup>.

#### Verfolgung und Widerstand 1933-1945

Ausgehend von ihrer völlig falschen Analyse der realen Gefahr durch die Hitlerbewegung stand die KPD der Machtübergabe an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 wie gelähmt gegenüber. Zwar wandte sich das ZK mit einem Aufruf zum Generalstreik auch an die sozialdemokratische Arbeiterschaft<sup>29</sup>. Dieser blieb jedoch durch das Fehlen der notwendigen Voraussetzungen für eine sofortige gemeinsame Aktion nach der langen heftigen Feindschaft zwischen beiden Parteien folgenlos. Dafür wurden noch am gleichen Tag von der Polizei in Ludwigshafen das Parteibüro und die Wohnungen von Funktionären der KPD durchsucht. Unbeeindruckt von der Reichstagsauflösung am 1. Februar 1933 und dem Demonstrationsverbot für die KPD ab dem 2. Februar 1933 sprach deren Parteileitung bereits am 3. Februar 1933 wieder von den „Sozialfaschisten“. Entsprechend wurde der von der SPD als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit geforderte „Nichtangriffspakt“ zwischen beiden Parteien von der KPD-Führung abgelehnt und von ihr weiter nur eine „Einheitsfront von unten“ propagiert. So traf die deutsche Arbeiterbewegung die Legalisierung des faschistischen Terrors durch die Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ am 2. Februar 1933 gespalten und kampfunfähig<sup>30</sup>. Zwar verstärkte die KPD die Umstellung auf die Illegalität nun auch im Bezirk Baden-Pfalz, wurde aber trotzdem von der Polizeiaktion zur

---

<sup>28</sup> Vgl. Bericht der Bezirksleitung an den 1. Bezirksparteitag der KPD Baden-Pfalz (Anm. 26).

<sup>29</sup> Der Aufruf vom 30. Januar zum Generalstreik wurde am 31. Januar 1933 von der KPD in der Pfalz als Flugblatt vertrieben. Ein Original ist als Dokument 6 abgedruckt bei: Morweiser, Hermann W.: Auch in Ludwigshafen gab es Widerstand gegen den Faschismus, Ludwigshafen a. R. 1981.

<sup>30</sup> Vgl. Bahne, Siegfried: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1984, S. 682.



Durchsetzung der Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933 überrascht. Letzterer war am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand vorausgegangen, den die Nationalsozialisten noch in der gleichen Nacht als Auftakt zur Festnahme von 1.500 kommunistischen Funktionären in Berlin und 10.000 im Reich nutzten<sup>31</sup>. In der Pfalz wurden sämtliche Versammlungen und Kundgebungen der KPD verboten und die Parteibüros geschlossen. Die Ludwigshafener „Arbeiter-Zeitung“ musste ihr Erscheinen endgültig einstellen, nachdem sie bereits zwischen dem 13. und 17. Februar 1933 wegen „Beschimpfung der Reichsregierung“ verboten gewesen war. Allerdings organisierte die Bezirksleitung Baden-Pfalz sofort deren illegalen Druck und Verteilung, so dass die „Arbeiter-Zeitung“ im Bezirk noch bis Mitte 1935 monatlich mit einer Auflage von mehreren tausend, mindestens aber 500 Exemplaren, kontinuierlich weiter erscheinen konnte<sup>32</sup>. Mit dem 28. Februar 1933 war die KPD, die formell nicht verboten wurde, in Deutschland illegal und ihres gesamten Vermögen verlustig. Dennoch konnte die KPD bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 noch einmal 4.848.000 Millionen Wähler (12,3 %) für sich mobilisieren. 53.284 (9,0 %) Pfälzer votierten für die KPD. Berücksichtigt man den Terror, dem die Partei vor allem in der letzten Woche des Wahlkampfes ausgesetzt gewesen war, zeigten die KPD-Wähler eine erstaunliche Standfestigkeit. Fritz Benedum wurde erneut in den Reichstag gewählt. Wie alle 81 am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten der KPD konnten er den Reichstag nicht mehr betreten, denn unter offenem Bruch der Verfassung waren die KPD-Abgeordneten von der faschistischen Regierung bereits festgenommen, verfolgt oder gar schon ermordet worden. Dies galt auch für die Mandatsträger der KPD auf der Ebene der Landes- und Kommunalparlamente<sup>33</sup>.

Mit der Verhaftungswelle ab dem 5. März 1933 war die legale Organisation der KPD zerschlagen. In den folgenden Wochen und Monaten mußte die Partei in der Illegalität neu formiert werden. Praktisch handelte es sich um einen Neuaufbau der KPD, wobei als sicher gelten kann, daß es nur ein kleiner Teil der Mitglieder war, der das Risiko illegaler Arbeit auf sich nahm. Trotzdem unternahm die Bezirksleitung Baden-Pfalz sofort alle Anstrengungen, um die Verbindung zu den einzelnen Ortsgruppen wiederherzustellen, wobei die direkte

---

<sup>31</sup> Vgl. Weber, Hermann. Die Kommunisten, in: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Hrsg. von Erich Matthias und Hermann Weber, Mannheim 1984, S. 258 f. sowie Schönhoven, Klaus: Reformismus und Radikalismus, München 1989, S. 175 f.

<sup>32</sup> Vgl. Meinzer, Lothar: Die Pfalz wird braun, in: Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Hrsg. von Gerhard Nestler und Hannes Ziegler, Landau 1997, S. 38; ebenda Braun, Günter: Sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand in der Pfalz, S. 384 und Salm, Fritz: Im Schatten des Henkers, Frankfurt a. M. 1979, S. 70 ff. Zur illegalen antifaschistischen Presse zwischen 1933 und 1939: Stroech, Jürgen: Die illegale Presse, Leipzig 1979, speziell zur Arbeiter-Zeitung, S. 109 f.

<sup>33</sup> Vgl. Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1976, S. 287 f.

Verantwortung für die Pfalz bei Herbert Müller lag<sup>34</sup>. Ende April 1933 wurde in einem Organisationsbericht der Bezirksleitung Baden-Pfalz die Lage in den Unterbezirken Kaiserslautern, Pirmasens und Kusel als schlecht bezeichnet. Zu den Unterbezirken Landau und Kirchheimbolanden bestand keine Verbindung. Dagegen wurde der Unterbezirksleitung Ludwigshafen eine gute Arbeit bescheinigt, der Übertritt einer Reihe von Sozialdemokraten zur KPD gemeldet und auf die Fortexistenz von Betriebszellen verwiesen<sup>35</sup>. Die Polizeidirektion Ludwigshafen berichtete über eine „stark einsetzende Tätigkeit der KPD, die äußerlich in der Herausgabe von 6 verschiedenen Flugschriften zum Ausdruck kam. Ihre schlagartige Verbreitung läßt auf eine bereits gut organisierte Agitationsgruppe schließen.“<sup>36</sup>. Allerdings erfolgte bereits am 2. Mai 1933 „nach längerem Suchen“ die Verhaftung von Herbert Müller, womit die KPD in der Pfalz ihres Leiters beraubt wurde<sup>37</sup>. Ab Mitte April 1936 bestand keine direkte Verbindung mehr zwischen der Bezirksleitung in Mannheim und der Vorderpfalz. Bekannt war nur noch eine funktionierende Ortsgruppe der KPD in Lambrecht<sup>38</sup>. Zum 1. Mai 1936 erschien zum letzten Mal eine Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“. Im November 1938 trat die illegale KPD im Regierungsbezirk Pfalz in organisatorischer Hinsicht nicht mehr in Erscheinung<sup>39</sup>.

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion begannen die Mannheimer Kommunisten ab September 1941 mit der Herausgabe einer neuen illegalen Zeitung mit dem Titel „Der Vorbote“, die eine Auflage zwischen 50 und 200 Exemplaren hatte. Im Herbst 1941 wurde Kontakt zu dem in Landau wohnenden KPD-Mitglied Karl Henrich aufgenommen, der mit dem Aufbau von kommunistischen Kleingruppen in der Pfalz beauftragt wurde. Ab November 1941 erschien „Der Vorbote“ auch in Ludwigshafen und wurde in Einzelexemplaren per Post in der Pfalz vertrieben<sup>40</sup>. Zusätzlich wurden nach dem Überfall auf die Sowjetunion von den Behörden wieder Anzeichen illegaler Arbeit von

---

<sup>34</sup> Vgl. StALu, N 1, Nr. 53 sowie Weber (Anm. 31), S. 259 f., Braun (Anm. 32), S. 388 f. und Salm (Anm. 32), S. 48 ff.

<sup>35</sup> Vgl. Organisationsbericht der Bezirksleitung Baden-Pfalz vom 22 April 1933, in: StALu, AFA-Lu, SLu 184 (Ordner KPD 1930-1933).

<sup>36</sup> Vgl. Dokument 18 und 40a bei Morweiser (Anm. 29).

<sup>37</sup> Mündliche Auskunft von Herbert Müller an den Verfasser am 20. Oktober 1993. Vgl. Neue Pfälzische Landes-Zeitung v. 3.5.1933. Eine ausführliche Darstellung der Herbert Müller zum Vorwurf gemachten Aktivitäten für die pfälzische KPD seit dem 30.1.1933 findet sich in seinem Haftbefehl v. 3.5.1933, in: StALu, N 1, Nr. 15.

<sup>38</sup> Vgl. Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv (im weiteren: SAPMO BArch), Zentrales Parteiarchiv der SED (im weiteren: ZPA), RY 1 / I 3/25/49.

<sup>39</sup> Vgl. Morweiser, Hermann: Vom antifaschistischen Widerstand in Speyer, Speyer 1983, S. 102 ff. und Dokument Nr. 49, in: Morweiser (Anm. 29).

<sup>40</sup> Vgl. Weber (Anm. 31), S. 329 ff. sowie Oppenheimer, Max: Der Fall Vorbote, Frankfurt a. M. 1969, S. 32 ff.

Kommunisten in der Pfalz auch unabhängig von der Mannheimer KPD wahrgenommen<sup>41</sup>. Am 9. August 1944 wurde Karl Henrich und weitere pfälzische Kommunisten wegen des Versuchs eines Wiederaufbaus der KPD in der Pfalz inhaftiert<sup>42</sup>. Dies war der Schlußpunkt einer organisierten Untergrundarbeit der pfälzischen KPD. Allerdings gelang es der Partei in ihren ehemaligen Schwerpunkten, so in der Region Kusel<sup>43</sup> und der Stadt Frankenthal<sup>44</sup>, informelle Strukturen bis zur Befreiung im März 1945 zu erhalten.

## Demokratischer Neubeginn 1945-1948

Unmittelbar nach der Befreiung rief Fritz Baumgärtner in Ludwigshafen am politischen Wiederaufbau interessierte Bürger zur Mitarbeit in einem Antifa-Komitee auf<sup>45</sup>. Entsprechende Komitees bildeten sich in den kommenden Wochen auch an anderen Orten der Pfalz, so z.B. als „Anti-Nazi-Gruppe“ in Grünstadt oder als „Anti-nationalsozialistische Gruppe“ in Frankenthal<sup>46</sup>. Dort nutzten Mitglieder der KPD auch den 1. Mai 1945 zu einem ersten öffentlichen Auftreten. Trotz alliierter Versammlungs- und Kundgebungsverbots sprach der ehemalige kommunistische Stadtrat Ludwig Westermann vor 600 Menschen über den Sinn der Maifeier<sup>47</sup>. Weiterhin tagte ebenfalls noch im Mai 1945 in Ludwigshafen auf Einladung von Fritz Baumgärtner eine erste Konferenz Pfälzer Kommunisten, die Baumgärtner wieder zum Bezirksleiter der KPD in der Pfalz beriefen<sup>48</sup>. Im Juni 1945 wurde die Verbindung zum ZK in Berlin aufgenommen. Nach Abgabe einer Loyalitätserklärung

---

<sup>41</sup> Vgl. zur KPD in Marnheim: Monatsbericht des Landratsamtes Kirchheimbolanden vom 27.9.1941. Veröffentlicht bei Lehna (Anm. 27), S.76 ff.

<sup>42</sup> Vgl. Oppenheimer (Anm. 40), S. 35 f. und Morweiser (Anm. 29), S. 43 sowie die Anklageschrift des Volksgerichtshofes v. 16.12.1944 (11 J 352/44) gegen Karl Henrich und Josef Nann, in: StALu, AFA-Lu, SLu 52 (Akte Karl Henrich).

<sup>43</sup> Vgl. Klocksinn, Jens Ulrich: Kommunisten im Parlament, Bonn 1994., S. 415.

<sup>44</sup> Vgl. Erinnerungsprotokolle von Georg Reffert und Ludwig Westermann, in: StALu, N 1, Nr. 151 sowie „Es gilt den Kampf“. Hrsg. von der Verwaltungsstelle Frankenthal der Industriegewerkschaft Metall, Frankenthal 1984, S. 65 ff. Nestler, Gerhard: Verfolgung, Widerstand, Resistenz und Verweigerung, in: Frankenthal unterm Hakenkreuz, Ludwigshafen a. R. 2004, S. 369 ff. bestätigt die Fortexistenz eines „kleinen kommunistischen Milieus“, aber „wohl kaum organisiert“.

<sup>45</sup> Vgl. Kaps, Paul: Nur ein Gastspiel im Landtag, in: Die Rheinpfalz, Jg. 42, Ludwigshafen a. R. 1986, Nr. 276 v. 29.11.1986. Zur Rolle der Antifaschistischen Ausschüsse bei der Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland vgl. auch: Arbeiterinitiative 1945. Hrsg. von Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt, Wuppertal 1976. Der Wiederaufbau der pfälzischen KPD selbst ist ausführlich dargestellt bei Becker, Klaus J.: Im Strudel innerparteilicher Zerwürfnisse. Der pfälzische Nachkriegskommunismus, in: Die Pfalz in der Nachkriegszeit. Hrsg. von Gerhard Nestler und Hannes Ziegler, Kaiserslautern 2004.

<sup>46</sup> Mitgliederausweise und Mitgliederlisten dieser beider Gruppen sind im Privatarchiv Klaus J. Becker, Nachlass Heinrich Müsel, weitere der „Anti-nationalsozialistische Gruppe Lu-Oppau und Lu-Süd“ im StALu, N 1, Nr. 116 erhalten.

<sup>47</sup> Vgl. „Es gilt den Kampf“ (Anm. 44), S. 81 sowie Nestler, Gerhard: Zwischen Kontinuität und Neubeginn, in: Frankenthal einst und jetzt. Heft 1/2-1996. Hrsg. von der Stadtverwaltung Frankenthal, S. 41.

<sup>48</sup> Vgl. Wünschel, Hans-Jürgen: Angesichts der Trümmer, Otterbach 1987, S. 11 f. sowie StALu, N 1, Nr. 116 und SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1054.

wurde auch Max Frenzel eine Mitarbeit beim Neuaufbau der KPD in der Pfalz ermöglicht<sup>49</sup>. Nachdem Anfang August 1945 Herbert Müller aus dem Exil nach Ludwigshafen zurückgekehrt war, wurde er auf einer von etwa 20 Parteimitgliedern besuchten Versammlung zum Vorsitzenden des Bezirkes Pfalz der KPD gewählt<sup>50</sup>. Einen ersten Organisationsbericht über den Bezirk Pfalz übermittelte Müller am 10. September 1945 nach Berlin. Danach hatte der Bezirk in acht Kreisen und 118 Wohngebietsgruppen inzwischen wieder 2.187 Mitglieder, wovon 1.184 bereits vor 1933 Mitglied der KPD gewesen waren<sup>51</sup>. Zum Jahresende 1945 hatte die pfälzische KPD 2.772 Mitglieder in neun Kreisorganisationen gezählt, wobei bei sich nach Parteiangaben unter den Neuaufnahmen bis zu 30% ehemalige Sozialdemokraten fanden<sup>52</sup>. Mitte Januar meldete sie bereits über 3.000 Mitglieder nach Berlin. Die Betriebsgruppen wurden stärker als vor 1933 bezeichnet. Unter den Mitgliedern würden auf dem Lande die Parteigänger vor 1933, in den Städten die Neueingetretenen überwiegen. Diese positive Sichtweise wurde allerdings vom Instrukteur des ZK für die Französische Besatzungszone, Otto Niebergall, nicht geteilt. In seinem Ergänzungsbericht verwies er darauf, daß Herbert Müller mit seiner gleichzeitigen Funktion als Parteisekretär, Rheinpfalz-Redakteur und Mitglied des überparteilichen Ausschusses beim Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz überlastet sei. Außerdem sei „eine ganze Reihe Genossen“ mit der Politik der Partei nicht einverstanden<sup>53</sup>.

Berücksichtigt man die ultralinken Traditionslinien der pfälzischen KPD überrascht dies nicht. So ist in einem Einladungsschreiben der Ortsgruppe Neustadt der KPD an den pfälzischen Oberregierungspräsidenten Dr. Eichenlaub von „der jungen Kommunistischen Partei, deren Stellung sich gegenüber früher gewandelt hat“ die Rede. Entsprechend den Vorgaben des ZK forderte die pfälzische KPD statt der proletarischen Weltrevolution „eine parlamentarisch-demokratische Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“. Erst damit war ihre Einbeziehung in das entstehende regionalpolitische Leben möglich, was durch die offizielle Teilnahme von Dr. Eichenlaub und Oberregierungsvizepräsident Dr. Koch an der Versammlung unterstrichen wurde.

---

<sup>49</sup> Mündliche Auskunft von Max Frenzel am 10. Januar 1958, in: Kohl, Helmut: Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiederentstehen der Parteien nach 1945, Phil. Diss. Heidelberg 1958, S. 110. Vgl. auch SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1054.

<sup>50</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser vom 20. Oktober 1993. Vgl. Kohl (Anm. 49), S. 110. Müllers Rückkehr hatte sich verzögert, da er im Juni / Juli 1945 in Paris für die Westleitung der KPD ein Parteiverfahren gegen einen Leiter der Parteiorganisation in Südfrankreich durchführte. Vgl. Becker, Klaus J. / Roser, Annette: Das Parteiverfahren gegen Lex Ende im Sommer 1945 in Paris. Dokumente aus dem Nachlaß Herbert Müller, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1998.

<sup>51</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1054.

<sup>52</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, NY 4182/859.

<sup>53</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, BY 1 367.

Entsprechend festlich wurde die Veranstaltung am 20. Januar 1946 im Neustadter Saalbau-Kino durch das Orchester der Pfalz-Oper Kaiserslautern umrahmt. Im Mittelpunkt stand das Referat von Herbert Müller: „Was sagt die KPD zum Leidensweg der europäischen Völker und zum Weg aus der deutschen Katastrophe?“. Dabei gab er Erlebnisberichte von Parteimitgliedern aus den KZ und aus dem Exil wieder und sprach sich für den Zusammenschluß von SPD und KPD aus<sup>54</sup>. Die KP Hessen-Pfalz erhielt als erste Partei im Oberregierungspräsidium mit Erlaß Nummer 14 vom 4. Februar 1946 die Genehmigung durch General Bouley als Oberster Beauftragter der Militärregierung Hessen-Pfalz<sup>55</sup>. Ende Februar 1946 wurde Herbert Müller zum Landesvorsitzenden der Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz gewählt<sup>56</sup>. Seinen ersten öffentlichen Auftritt als Landesvorsitzender hatte Müller auf der zentralen Gedenkveranstaltung der KPD für die Opfer des Faschismus am 9. März 1946 in Ludwigshafen<sup>57</sup>. Am 12. März 1946 referierte Müller über „Was wir Kommunisten wollen“ auf einer Mitglieder-Feier der KP Ludwigshafen<sup>58</sup>. Mit den inhaltlichen Schwerpunkten dieser Veranstaltungen, ergänzt um die Frage der Einbindung der Bauern in die Demokratie, wurde anschließend im gesamten Frühjahr 1946 eine Versammlungskampagne der KPD im Bezirk Hessen-Pfalz durchgeführt. Die häufig auch von vielen Mitgliedern der SPD besuchten Veranstaltungen standen unter dem Motto: „Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte mit dem Ziel, ein freies, demokratisches, glückliches und dauerhaftes Deutschland des Friedens und der Arbeit zu schaffen“<sup>59</sup>.

Unzweifelhaft sollte damit die in der SBZ von der KPD mit Billigung der SMAD forcierte Vereinigung mit der SPD im Interesse der Konsolidierung der dortigen kommunistischen Vorherrschaft unterstützt werden. Entsprechend versuchte Herbert Müller in einem Schreiben vom 1. April 1946, den pfälzischen Bezirksvorstand der SPD für die Durchführung gemeinsamer Kundgebungen anlässlich des 1. Mai 1946 zu gewinnen. Dies wurde jedoch von der SPD genauso zurückgewiesen wie die angebotene Teilnahme einer KP-Delegation an ihrem 39. Bezirksparteitag am 13. und 14. April 1946 in Kaiserslautern, die dort für die Einheitspartei werben sollte<sup>60</sup>. Auch der am 18. und 19. Mai 1946 in Ludwigshafen zusammengetretene 1. Landesparteitag der KP Hessen-Pfalz, der gleichzeitig

---

<sup>54</sup> Vgl. LA, H 12, Nr. 16 und Wünschel (Anm. 48), S. 14 ff.

<sup>55</sup> Vgl. das Original in deutscher und französischer Sprache, in: StALu, N 1, Nr. 120 und LA, H 12, Nr. 16.

<sup>56</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser v. 20.10.1993 und Weitzel, Kurt: Vom Chaos zur Demokratie, Mainz 1989, S. 188.

<sup>57</sup> Vgl. das Veranstaltungsplakat und das Programmheft, in: StALu, N 1, Nr. 150.

<sup>58</sup> Vgl. das Ankündigungsplakat und das Programm, in: StALu, N 1, Nr. 150.

<sup>59</sup> Vgl. Die Rheinpfalz Jg. 1, Nr. 32 v. 23.1.1946 ff. und Pfälzische Volkszeitung Jg. 142, Nr. 1 v. 16.10.1945 ff.

der 14. Bezirksparteitag der pfälzischen Kommunisten war, tagte unter der Losung „Im Zeichen der sozialistischen Einheit“. 553 Delegierte repräsentierten 234 Ortsgruppen und 67 Betriebsgruppen. Weiterhin waren 164 Gastdelegierte anwesend, darunter 37 Sozialdemokraten, die u.a. in einem „Einheitsausschuß“ in Zweibrücken organisiert waren. Am Samstag, dem 18. Mai 1946, begrüßte Herbert Müller zunächst ausdrücklich die KPD-Mitglieder aus Rheinhessen und betonte deren erzwungene Anwesenheit durch die Zonen-Grenzziehung der Alliierten. Nach seinen Angaben hatte sich die Mitgliederzahl der KPD in Rheinhessen und der Pfalz inzwischen gegenüber 1933 bereits verdreifacht. Darunter seien über 450 Mitglieder bereits 25 Jahre in der Partei. Nach Müller sprach das SPD-Mitglied Ernst Birnbaum für den Zweibrücker „Einheitsausschuß“. Es folgten drei Referate zum Motto des Parteitages, nämlich von Herbert Müller über „Sozialistische Einheit und unsere Aufgaben“, von Willy Feller unter dem Titel „Vereinigung von SPD und KPD“ über die Grundsätze und Ziele der SED und von Otto Niebergall, mit dem Thema „Über Demokratie zum Sozialismus“. Der Parteitagsamstag wurde beendet mit einer künstlerisch gestalteten Abendfeier, in deren Mittelpunkt ein weiteres Referat von Herbert Müller über „Sozialistische Einheit zur Rettung des Volkes“ stand. Am Sonntag, dem 19. Mai 1946, wurde der Parteitag mit einer Aussprache der Referate vom Samstag eingeleitet. Danach referierte u.a. Fritz Baumgärtner über den Wirtschafts- und Aufbauplan der KP Hessen-Pfalz. Abschließend wurden Herbert Müller als Landesvorsitzender der KP Hessen-Pfalz und die fünfzehnköpfige engere Landesleitung einstimmig bestätigt. Weiter wurde bei drei Gegenstimmen eine erweiterte Landesleitung mit 60 Mitgliedern aus allen Kreisorganisationen der KP Hessen-Pfalz und aus Vertretern der Frauen, Jugend und Bauern gewählt<sup>61</sup>.

Am 5. August 1946 hatte die Militärregierung für den 15. September 1946 Gemeindewahlen in der Französischen Besatzungszone ausgeschrieben. In ihrem Kommunalwahlprogramm forderte die KPD die Einheit der Arbeiterparteien, die Beseitigung des Großgrundbesitzes, der kapitalistischen Monopole und der Großbanken, die Ausrottung des Nazismus und Militarismus, volle Gleichberechtigung der Frau, ein Recht der jungen Generation auf Arbeit, Erholung und Bildung sowie die baldige Rückkehr der

---

<sup>60</sup> Vgl. den Bericht über den Bezirksparteitag der SPD, in: StALu, N 1, Nr. 150. Zu den Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in der Pfalz vgl. auch Becker, Klaus J.: Sozialdemokratie oder Sozialistische Einheitspartei in der Pfalz?, in: 125 Jahre SPD Pfalz. Hrsg. vom SPD-Bezirk Pfalz, Neustadt a. d. W. 1999.

<sup>61</sup> Zum 1. Landesparteitag der KP Hessen-Pfalz vgl. KPD-Rundbrief Nr. 1, 1946, in: StALu, N 1, Nr. 153 sowie Die Rheinpfalz, Jg. 1, Nr. 65 v. 18.5.1946 ff. und Pfälzische Volkszeitung Jg. 142, Nr. 42 v. 18.5.1946.

Kriegsgefangenen.<sup>62</sup> Bei den Wahlen vom 15. September 1946 erreichte die KP Hessen-Pfalz mit 60.874 Stimmen, was einem Wähleranteil von 9,51 % und 420 kommunistischen Stadt- und Gemeinderäten entsprach, das beste Ergebnis aller Kommunistischen Parteien in der FBZ. In der Pfalz hatte sie 45.347 (9,7 %) erhalten. Die KP Hessen-Pfalz interpretierte das Ergebnis als kein klares Bekenntnis zu Frieden und Freiheit und führte es auf die objektive Benachteiligung der KPD nach zwölf Jahren antikommunistischer Propaganda durch das „Dritte Reich“ zurück. Allerdings sei die KPD überall dort erfolgreich gewesen, wo eine kommunistische Liste zur Wahl gestanden habe. Auch kam es auf Grund der großen Probleme der Nachkriegszeit und nicht zuletzt auf Wunsch der französischen Besatzungsmacht nach den Gemeinderatswahlen in der Pfalz faktisch zu der von der KPD gewünschten Blockbildung zwischen den Parteien, was zu einer Fortsetzung der seit 1945 bestehenden Beteiligung der KPD an der kommunalen Verwaltung<sup>63</sup>. Nur unwesentlich besser war das Ergebnis der KPD bei den Wahlen zu den Kreisversammlungen in Rheinland-Pfalz am 15. Oktober 1946, obwohl hier - im Gegensatz zu den Gemeinderatswahlen - die KPD für alle Kreisversammlungen zur Wahl stand und diesmal außer den vier in Rheinland-Pfalz zugelassenen Parteien keine Wählergruppen kandidieren durften. Die KP Hessen-Pfalz erhielt 55.853 Stimmen, was einem Wähleranteil von 9,53 % und 34 Sitzen in den 17 Kreisversammlungen entsprach. Erneut erzielte sie in der Pfalz mit 40.899 Stimmen und einem Wähleranteil von 9,9 % das beste Wahlergebnis. Damit war sie bis auf Bergzabern in allen 13 pfälzischen Kreisversammlungen mit insgesamt 26 Mandaten vertreten. Zusätzlich stellte die pfälzische KPD – neben Herbert Müller und Willy Feller mit Fritz Baumgärtner und Adolph Betz auch zwei ehemalige „Weddinger“ - vier der neun kommunistischen Abgeordneten in der Beraten Landesversammlung, die von der Militärregierung mit dem Entwurf einer Verfassung für Rheinland-Pfalz beauftragt worden war sowie mit Willy Feller den Minister für Wiederaufbau und Verkehr in der vorläufigen Landesregierung<sup>64</sup>.

Im Januar 1947 schlossen sich die KP Hessen-Pfalz und die KP Rheinland-Hessen-Nassau zur KPD Rheinland-Pfalz zusammen. Sie beschloß beim bevorstehenden Volksentscheid für eine Ablehnung des Entwurfs der Verfassung für Rheinland-Pfalz einzutreten. Weiterhin kündigte Herbert Müller die „bevorstehende Bildung der SED auch im

---

<sup>62</sup> Vgl. Pfälzische Volkszeitung, Jg. 142, Nr. 69 v. 31.8.1946 ff. und Die Rheinpfalz, Jg. 1, Nr. 95 v. 31.8.1946 ff.

<sup>63</sup> Vgl. Pfälzische Volkszeitung, Jg. 142, Nr. 75 v. 17.9.1946 ff. und Die Rheinpfalz, Jg. 1, Nr. 102 v. 17.9.1946 ff.

<sup>64</sup> Vgl. Pfälzische Volkszeitung, Jg. 142, Nr. 83 v. 15.10.1946 ff. und Die Rheinpfalz, Jg. 1, Nr. 110 v. 15.10.1946 ff.

Westen Deutschlands“ an<sup>65</sup>. Allerdings beschloß dann aufgrund der Restriktionen der französischen Besatzungsmacht der 15. Parteitag der pfälzischen KPD, der durch die erneute Anwesenheit rheinhessischer Kommunisten und die erstmalige Anwesenheit der Delegierten aus dem Bezirk Rheinland-Hessen-Nassau gleichzeitig als der Zweite Landesparteitag der Kommunistischen Partei für Rheinland-Pfalz bezeichnet wurde, nicht die sofortige Vereinigung mit der SED, sondern nur die Annahme der Grundsätze und Ziele dieser Partei<sup>66</sup>. Anlässlich des 129. Geburtstags von Karl Marx am 5. Mai 1947 war der 15. Bezirksparteitag am Samstag, den 3. Mai und am Sonntag, den 4. Mai 1947 in Ludwigshafen zusammengetreten. 649 Delegierte aus 317 Ortsgruppen, 157 Delegierte aus 65 Betriebsgruppen und 338 Gastdelegierte manifestierten die Bildung des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der KPD<sup>67</sup>. Den Parteitag eröffnete Landesvorsitzender Herbert Müller am Samstagnachmittag mit einem zweistündigen Grundsatzreferat über das Thema „Um Deutschlands Zukunft und sozialistische Einheit“, worin er sich insbesondere für einen deutschen Weg zum Sozialismus und für die Zulassung der SED in der FBZ aussprach<sup>68</sup>. Nach einer ausführlichen Diskussion folgte die vom Symphonie-Orchester der Stadt Mainz umrahmte festliche Abendveranstaltung des Parteitages, in deren Mittelpunkt die Gedenkrede für Karl Marx von Willy Feller stand<sup>69</sup>. Am Sonntagmorgen setzte der Parteitag seine Arbeit mit einem Referat Fellers zur Bedeutung der Landtagswahl und über die Haltung der KPD zum rheinland-pfälzischen Verfassungsentwurf fort. Im Anschluß an das Referat von Willy Feller erstatteten die Kommissionen der Abteilung der Landesleitung ihren Bericht. Hier referierten u.a. Fritz Baumgärtner zur Sozialpolitik und Willy Feller zur Kulturpolitik<sup>70</sup>. Zum Abschluß des Parteitages erfolgte in geheimer Abstimmung die Wahl der neuen, 24 Mitglieder umfassenden Landesleitung. Herbert Müller wurde als Landesvorsitzender bestätigt<sup>71</sup>. Weiterhin wählten die pfälzischen Delegierten als ersten Schritt zur geplanten Dezentralisierung des Landesverbandes wieder einen eigenen 42 Mitglieder umfassenden Bezirksvorstand und Herbert Müller zu dessen Vorsitzenden<sup>72</sup>.

Mit der Auflösung der Beratenden Landesversammlung am 25. April 1947 wurde der Wahlkampf zum ersten Landtag Rheinland-Pfalz offiziell eröffnet. Schwerpunkt der KPD war

---

<sup>65</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, BY 1 365.

<sup>66</sup> Vgl. Pfälzische Volkszeitung, Jg. 143, Nr. 37 v. 9.5.1947 und Die Rheinpfalz, Jg. 3, Nr. 35 v. 7.5.1947.

<sup>67</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, NY 4036/642.

<sup>68</sup> Vgl. Pfälzische Volkszeitung, Jg. 143, Nr. 37 v. 9.5.1947 und Die Rheinpfalz, Jg. 3, Nr. 35 v. 7.5.1947.

<sup>69</sup> Vgl. das Programm der Abendveranstaltung, in: StALu, N 1, Nr. 159.

<sup>70</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, BY 1 364 sowie Die Rheinpfalz, Jg. 3, Nr. 36.

<sup>71</sup> Vgl. MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES (im weiteren: MDAE), Archives de l'occupation française en Allemagne et en Autriche (im weiteren AdO), Rhénanie-Palatinat (im weiteren RP), C 2316.

<sup>72</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, BY 1 364.



die Agitation gegen die Annahme der Verfassung und gegen eine Bekenntnisschule. Weiterhin wurde ein volles Mitbestimmungsrecht der Werk tätigen gefordert und gezielt auch der Mittelstand umworben<sup>73</sup>. Basis der Partei blieb jedoch das eigene, von männlichen Arbeitern dominierte kommunistische Milieu, das nicht nur im Wahlverhalten sondern auch im Konfliktaustrag während des Landtagswahlkampfes an seine Traditionslinien aus der Weimarer Republik anknüpfte. So wurde die Junge Union im Ludwigshafener Stadtteil Nord - hier bekannten sich ein Drittel der Wähler zur KPD - von den Anwohnern gewaltsam an der Anbringung von CDU-Wahlplakaten auf den öffentlichen Werbeflächen gehindert<sup>74</sup>. Bei der am 18. Mai 1947 durchgeführten Wahl gelang es der KPD mit einem Wahlergebnis von 8,7 %, was 100.819 Stimmen entsprach, gegenüber 87.186 Stimmen bei den Kreistagswahlen vom 13. Oktober 1946 ein Zugewinn von 1,3 %. In allen fünf Regierungsbezirken wurden Stimmen gewonnen, wobei das beste Ergebnis wiederum in der Pfalz mit 12,4 % (49.796 Stimmen gegenüber 40.899 bei den Kreistagswahlen 1946) erreicht wurde. Die kommunistischen Hochburgen waren: Ludwigshafen 20,8 %, Zweibrücken 20,7 %, Neustadt 19,6 %, Pirmasens 19,1 % und Frankenthal 19,1 %. Erneut stellte die pfälzische KPD vier – wieder Müller, Feller, Baumgärtner und Betz - der acht kommunistischen Landtagsabgeordneten. In einer ersten Auswertung der Landtagswahl betonte Herbert Müller am 21. Mai 1947, dass KPD und SPD bei einer Listenverbindung noch stärker im Landtag vertreten gewesen wären. Weiterhin erklärte er die grundsätzliche Bereitschaft der KPD, auch in der neuen Landesregierung eine Verantwortung zu übernehmen. Tatsächlich stellte die KPD bis zu der im Zuge des beginnenden Kalten Krieges erfolgten Abwahl von Willy Feller am 9. April 1948 weiterhin den Minister für Wiederaufbau<sup>75</sup>.

#### Die Zerschlagung des Bezirkes Pfalz 1948/49

Am 27. April 1948 wurde im rheinland-pfälzischen KPD-Organ „Neues Leben“ das Programm für eine Karl-Marx-Festwoche der KPD in Trier veröffentlicht<sup>76</sup>. Am gleichen Tag trat in Herne aber auch eine Delegiertenkonferenz der Landesvorstände der KPD zusammen

---

<sup>73</sup> Vgl. den „Aufruf an die Männer und Frauen des Rheinlandes und der Pfalz“, in: Die Rheinpfalz, Jg. 3. Nr. 37 v. 14.5.1947.

<sup>74</sup> Mündliche Auskunft Helmut Kohl an den Verfasser v. 4.7.1996. Vgl. Kohl, Helmut: Erinnerungen 1930-1982, München 2004, S. 58. Auch in der Folge kam es in Ludwigshafen immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Gegnern, wobei insbesondere die KPD im Zuge des Kalten Krieges zunehmend in die Defensive geriet und nach 1949 ihre Veranstaltungen unter Polizeischutz durchführen musste. Vgl. hierzu die Erinnerungen von Manfred Lauer, in: Privatarchiv Klaus J. Becker.

<sup>75</sup> Vgl. Die Rheinpfalz, Jg. 3, Nr. 39 v. 20.5.1947 und die Ausgabe des Pressedienstes der KPD vom 22.5.1947, in: StALu, N1, Nr. 156.

und beschloß bei 251 Ja-Stimmen, 19 Enthaltungen und 18 Gegenstimmen die Umbenennung ihrer Partei in Sozialistische Volkspartei Deutschlands (SVD). Das eindeutige Ergebnis war nur auf die Parteidisziplin der Delegierten zurückzuführen. Dieser Meinung waren jedenfalls die anwesenden Mitarbeiter der Westabteilung der SED, da zuvor erheblicher Widerstand gegen die Umbenennung von den Delegierten artikuliert worden war. Einstimmig dagegen wurde von ihnen der erste westdeutsche Parteivorstand der KPD/SVD gewählt; darunter aus Rheinland-Pfalz nur Otto Niebergall<sup>77</sup>. Die KPD begründete die Umbenennung mit ihrer „seit 1945 entwickelten neuen Politik nicht nur für die Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch für die des ganzen deutschen Volkes“ und ihrem „alleinigen Halten des Banner des Sozialismus“ in Folge der „Koalitionspolitik der SPD im Interesse des Marshall-Plans“<sup>78</sup>. Das Sekretariat der Landesleitung der KPD in Rheinland-Pfalz begrüßte auf seiner Sitzung die Herner Entscheidungen bereits am folgenden Tag in einem Telegramm an den neuen Parteivorstand<sup>79</sup>. Auf der gleichen Sitzung ersetzte es Herbert Müller als Landesvorsitzenden durch Otto Niebergall sowie als Fraktionsvorsitzendem im Landtag durch Willy Feller! Begründet wurde dies mit einer fehlenden kollektiven Leitung und einem mangelnden Durchsetzungsvermögen Müllers, der gegenüber der SPD zu duldsam gewesen sei. Insbesondere wurde Müller die Unterzeichnung eines Toleranzabkommens durch die Landtagsfraktionen und sein Ruf als „anständiger Kommunist“ vorgeworfen, der ihn als „zu menschlich“ für einen Landesvorsitzenden ausweise<sup>80</sup>. Während sich bereits viele Ortsgruppen der KPD in Rheinland-Pfalz für eine Namensänderung aussprachen, wurde die Karl-Marx-Festwoche um den Programmpunkt einer „Parteiarbeiter-Delegierten-Konferenz“ erweitert. Diese Funktionärsversammlung trat am 7. Mai 1948 zusammen und billigte in einer siebenstündigen Aussprache „fast einmütig“ die Herner Beschlüsse und sprach sich mit 387 zu einer Stimme für die Bildung eines Landesverbandes der SVD durch die KPD in Rheinland-Pfalz aus. Während die Delegierten dem neuen PV einstimmig das Vertrauen aussprachen, wurde ihnen Otto Niebergall als neuer Landesvorsitzender präsentiert<sup>81</sup>. Am 5. Juni 1948 tagte zum ersten Mal der Landesvorstand der KPD/SVD, der auf der Parteiarbeiter-Delegierten-Konferenz um einige Funktionäre erweitert worden war, in Mainz. Für die interne Mitgliederinformation

---

<sup>76</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 31 v. 27.4.1948 und das Programm der Festwoche, in: StALu, N 1, Nr. 165.

<sup>77</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, NY 4036/644.

<sup>78</sup> Vgl. Entschließung der Herner Konferenz der KPD, in: KPD 1945-1968. Dokumente. Hrsg. und eingel. von Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus, 2 Bände, Neuss 1989, S. 205 f. sowie Fisch, Walter: Sozialistische Volkspartei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1948.

<sup>79</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 33 v. 30.4.1948.

<sup>80</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser v. 20.10.1993. Vgl. die Austrittserklärung Müllers aus der KPD, in: Die Freiheit, Jg. 3, Nr. 115 v. 30.9.1949.

<sup>81</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 34 v. 2.5.1948 ff.

wurde eine scharfe Kritik an der SPD wegen des Nichtzustandekommens der „sozialistischen Einheit“ formuliert. Weiterhin wurde die Schaffung eines praktischen Parteiprogramms und als neues Parteisymbol das, von der SED übernommene Zeichen der beiden Hände beschlossen. Von diesen Maßnahmen erhoffte man sich den Gewinn von „breiteren Massen“ der Bevölkerung. Dem auf dieser Landesvorstandssitzung neu gewählten Sekretariat gehörte durch seine Funktion als Vorsitzender des Bezirkes Pfalz Herbert Müller an; ebenso Willy Feller als Vorsitzender der KPD-Landtagsfraktion<sup>82</sup>. Das vom neuen Landesvorstand geforderte praktische Parteiprogramm wurde von der KPD/SVD am 18. Juni 1948 unter dem Titel „Aufruf zur sozialen und nationalen Selbsthilfe“ in „Neues Leben“ veröffentlicht. Mit dem Aufruf artikulierte die KPD in Rheinland-Pfalz ihre Abwehrhaltung gegenüber den von ihr befürchteten Folgen der Währungsreform in den Westzonen am 20. Juni 1948. Der Aufruf diente anschließend als Propagandagrundlage für die Kommunalwahl am 14. November 1948 in Rheinland-Pfalz. Dagegen wurde der Parteiname SVD von den rheinland-pfälzischen Kommunisten offiziell nur noch bis Ende Juni verwendet, da sich die französische Militärregierung dem bereits am 7. Juni 1948 erfolgten Verbot des neuen Parteinamens der KPD durch die britische Militärregierung anschloss<sup>83</sup>.

Der Landesvorstand hatte auf seiner Sitzung am 5. Juni 1948 den 16. Bezirksparteitag der pfälzischen KPD einberufen. Die pfälzischen Kommunisten traten am 4. und 5. September 1948 unter den Losungen „Schafft die Einheit der Arbeiterklasse“, „Die Pfalz ist deutsches Gebiet und muß es bleiben“ und „Die Anilin muß deutsche Produktionsstätte des Friedens werden“ im Neustadter Saalbau zusammen. Der Parteitag protestierte gegen die anhaltende Demontage von Industrieanlagen in der Pfalz. Das Referat hielt der stellvertretende Vorsitzende der KPD, Walter Fisch, zum Thema „Der Kampf um die nationale und soziale Befreiung“. Das Mitglied des Betriebsrates der BASF, Ernst Faß, forderte die Überführung des Unternehmens in Gesellschaftseigentum, Fritz Baumgärtner informierte über die bevorstehenden Betriebsratswahlen. Der Bezirksvorsitzende Herbert Müller sprach zur Lage in der Pfalz und den daraus resultierenden Aufgaben der Partei. Der Landesvorsitzende Otto Niebergall informierte abschließend über den neuen Organisationsaufbau der KPD, der den „politischen Erfordernissen entsprechend“ eine direkte Verbindung des Landesvorstandes mit den Kreisen herstellte<sup>84</sup>. Damit verlor der Bezirk Pfalz seine politische Selbständigkeit und

---

<sup>82</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 44 v. 8.6.1948 sowie Informationen, Nr. 1 v. 8.6.1948, hrsg. nur für Mitglieder vom Landesvorstand Rheinland-Pfalz der Kommunistischen Partei - Die Sozialistische Volkspartei Deutschlands, in: StALu, N 1, Nr. 162.

<sup>83</sup> Vgl. StALu, N 1, Nr. 165, Neues Leben, Jg. 2, Nr. 47 v. 18.8.1948 sowie Staritz, Dietrich: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Parteienhandbuch. Hrsg. von Richard Stöss, Opladen 1984, S. 1760.

<sup>84</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 70 v. 7.9.1948 und StALu, N 1, Nr. 163.

wurde nun als regionale Gliederung direkt dem Landesvorstand unterstellt. In der Praxis bedeutete dieser neue Organisationsaufbau der KPD für die pfälzischen Kommunisten wie schon einmal 1930 die Auflösung ihres Bezirkes, weshalb 44 von 112 Delegierten gegen den neuen Organisationsaufbau stimmten. Den neuen Organisationsaufbau der KPD und die damit verbundene generelle Auflösung aller Bezirkssekretariate und -leitungen hatte die 4. Tagung des PV der KPD vom 26. bis 28. August 1948 u.a. beschlossen, weil man durch die direkte Anbindung der Kreise an die Landesleitungen hoffte, der erneut starken Mitgliederfluktuation der KPD Herr zu werden<sup>85</sup>. Von dieser Beschlußlage war die pfälzische Bezirksleitung offensichtlich völlig überrascht worden: So war in der Tagesordnung des Bezirksparteitages noch die Neuwahl des Bezirksvorstandes vorgesehen gewesen und den Delegierten auch eine 33 Namen umfassende Vorschlagsliste mit den Unterlagen überreicht worden<sup>86</sup>.

Der Parteitag hatte auch für Herbert Müllers Sohn Herbert, der trotz seiner Funktion als Kreissekretär in Ludwigshafen als einziger Delegierter gegen die Auflösung des Bezirkes gesprochen hatte, noch direkte Folgen: Unmittelbar im Anschluß an den Parteitag berief Otto Niebergall für den 9. September 1948 eine Sitzung des Kreisvorstandes ein, um „die innerparteiliche Situation im Kreis Ludwigshafen selbst zu klären“. An seiner Stelle vertrat dann aber Willy Feller das Sekretariat. Feller bezeichnete einleitend den 16. Bezirksparteitag als schlechtesten Parteitag in der Geschichte der Partei. Ausdruck habe dies in der Ablehnung des neuen Organisationsmodells durch 44 Genossen gefunden. Verantwortlich hierfür sei letztlich Herbert Müller. Sein Sohn habe ihm mit seinem Redebeitrag keinen Gefallen getan. Allerdings solle nun keineswegs die Familie Müller „liquidiert“, sondern nur geklärt werden, welche Funktion sie in Zukunft an welchem Ort einnehmen werde. Abschließend betonte Feller, daß Herbert Müller junior auf Grund seines Alters mit der Kreisleitung Ludwigshafen überfordert sei. Dies hatte seine unmittelbare Absetzung als Kreissekretär zur Folge, obwohl sich Müller junior in der anschließenden Diskussion von seinem Vater distanzierte<sup>87</sup>. Die 26. Landesvorstandssitzung der KPD in Rheinland-Pfalz wies anschließend Berichte über eine Säuberung der rheinland-pfälzischen KP im Zusammenhang mit Herbert Müller senior energisch zurück, da Müller nach wie vor dem „engeren Sekretariat“ des Landesvorstandes und damit dem eigentlichen Entscheidungsträger der KPD in Rheinland-Pfalz angehöre<sup>88</sup>. Damit verstummte jedoch keineswegs die Kritik an Herbert Müller: So kritisierte z.B. der PV

---

<sup>85</sup> Vgl. SAPMO BArch, ZPA, NY 4036/644 und NY 4182/865.

<sup>86</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser v. 20.10.1993. Vgl. die Delegiertenunterlagen zum 16. Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Pfalz, in: StALu, N 1, Nr. 163.

<sup>87</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes Ludwigshafen v. 9.9.1948, in: StALu, N 1, Nr. 163.

<sup>88</sup> Vgl. Die Freiheit, Jg. 2, Nr. 50 v. 20.9.1948 sowie Neues Leben, Jg. 2, Nr. 76 v. 28.9.1948 und das Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes der KPD v. 26.9.1948, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1054.

der KPD am 29. Oktober 1948 in einer Stellungnahme zur Arbeit des Landessekretariats in Rheinland-Pfalz insbesondere die Arbeit in der BASF, für die wiederum Herbert Müller innerhalb des „engeren Sekretariats“ verantwortlich war<sup>89</sup>.

Am 14. Oktober 1948 wurde das Wahlprogramm der KPD zu den Kommunalwahlen am 14. November 1948 veröffentlicht. Zur Erreichung möglichst vieler Kandidaturen auch auf dem Lande wurden von der KPD Listenverbindungen mit „Freunden der sozialistischen Einheit“ und Bauerngruppen angestrebt. Eine Listenverbindung der KPD mit der SPD-Ortsgruppe in Lambrecht wurde jedoch auf Anweisung des SPD-Bezirksvorstandes wieder zurückgezogen<sup>90</sup>. Am 14. November 1948 gelang der KPD gegenüber den Kreistagswahlen 1946 mit 87.327 Stimmen gegenüber 87.186 im Jahr 1946 nur ein leichter Gewinn. Gegenüber der Landtagswahl von 1947 bedeutete das Ergebnis sogar einen Verlust von 13.492 Stimmen und einen Rückgang des Wähleranteiles von 8,7 % auf 7,2 %. Während sich die Kreistagsmandate von 26 auf 29 erhöhten, ergaben die Gemeinderatswahlen nur begrenzte Erfolge: So wurden Zugewinne in Neustadt (2.473 gegenüber 1.810) und Kaiserslautern (3.865 gegenüber 3.520) durch Stimmenverluste in Ludwigshafen (8.473 gegenüber 9.459), Frankenthal (1.477 gegenüber 1.666), Speyer (1.134 gegenüber 1.615), Zweibrücken (1.579 gegenüber 1.885) und Pirmasens (2.927 gegenüber 3.817) aufgehoben. Während die Wahlergebnisse in den Städten noch immer hoch waren (Neustadt 20,6 %, Ludwigshafen 17,8 %, Kaiserslautern 17,1 %, Pirmasens 15,9 %) ergab sich in den ländlichen Landesteilen für die KPD ein Rückgang der Wählerstimmen. Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz 380 kommunistische Mandate (gegenüber 616 im Jahr 1946) über Parteilisten und 53 auf Freien Listen gewonnen<sup>91</sup>. Die KPD sah ihre Position nach der Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz als im wesentlichen behauptet an, war aber von dem Wahlergebnis nicht befriedigt, da es nicht „den politischen Möglichkeiten“ entsprach. Der Stimmenrückgang gegenüber der Landtagswahl wurde mit der geringeren Wahlbeteiligung, der hohen Zahl ungültiger Stimmen und ihrer Benachteiligung z.B. durch das Redeverbot für SED-Vertreter begründet. Die Erfolge in Neustadt und Kaiserslautern wurden auf die gute Parteiliste in Gewerkschaft und Betrieben zurückgeführt. Der Wahlerfolg in Neustadt wurde sogar vom PV der KPD als hervorragendes Beispiel für die Gesamtpartei bewertet. Die in vielen Gemeinden vorhandene Mehrheit der Sitze für SPD und KPD sollte zur Durchsetzung „fortschrittlicher Mindestprogramme“ genutzt werden. Jedoch wurde auch auf die Notwendigkeit des verstärkten außerparlamentarischen Kampfes hingewiesen, der vor allem die „proletarischen Nichtwähler“ erreichen sollte.

---

<sup>89</sup> Vgl. die Stellungnahme des PV, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1054.

<sup>90</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 82 v. 14.10.1948 ff.

Auch beabsichtigte man, sich mehr an die weiblichen Wähler zu wenden, da diese bei den Wählern der KPD im Verhältnis zur Gesamtwählerschaft deutlich unterrepräsentiert waren<sup>92</sup>. Allerdings ergab sich die von der KPD erhoffte Zusammenarbeit nach der Kommunalwahl mit der SPD in Gemeinden mit einer linken Mehrheit nur in wenigen Orten, da die SPD die Große Koalition mit der CDU im Landtag nun auch verstärkt auf kommunaler Ebene fortsetzte. So wurde z.B. am 10. Januar 1949 in Ludwigshafen der seit 27. November 1945 amtierende kommunistische Zweite Bürgermeister Max Frenzel vom Stadtrat trotz einer Mehrheit von KPD und SPD abgewählt. Ebenso erging es den bisherigen Beigeordneten Brill in Kaiserslautern, Westermann in Frankenthal und Kuhn in Zweibrücken. Dagegen wurden am 16. Dezember 1948 in Neustadt der kommunistische Beigeordnete Manderschied vom neuen Stadtrat bestätigt. In Lambrecht wurde der kommunistische Beigeordnete Kimmel zwar im November 1948 abgewählt, aber am 10. Oktober 1949 gemeinsam von den SPD- und KPD-Stadträten dann doch wieder in sein Amt berufen. Mit insgesamt elf Bürgermeistern und sechs Beigeordneten war die Rolle der KPD in Rheinland-Pfalz nach der Kommunalwahl 1948 also auf Gemeindeebene noch keineswegs auf die parlamentarische Opposition beschränkt<sup>93</sup>.

Die Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes am 4. Januar 1949 behandelte erstmals den Entwurf einer EntschlieÙung zum Landesparteitag, in dem erneut das Toleranzabkommen im Landtag kritisiert sowie der Landesleitung unter der Führung von Herbert Müller „mangelnde Kollektivität“ vorgeworfen wurde<sup>94</sup>. Auf der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes am 12. Januar 1949 wurde dann im Rahmen einer achtstündigen Debatte die nun ausformulierte „EntschlieÙung des 3. Landesparteitages der KPD Rheinland-Pfalz“ diskutiert. Erneut wurde im Abschnitt „Lehren aus der vergangenen Arbeitsperiode“ ausdrücklich die Absetzung Herbert Müllers als Landes- und Fraktionsvorsitzender gerechtfertigt. Offensichtlich tief getroffen erschien Herbert Müller anschließend bis 22. April 1949 zu keiner Sitzung des Landessekretariats mehr<sup>95</sup>. Da Herbert Müller also auch auf der Sitzung des rheinland-pfälzischen Landesvorstandes am 13. März 1949 fehlte - von 83 Mitgliedern waren nur 37 erschienen - beauftragte das Sekretariat am 15.

---

<sup>91</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes der KPD v. 13.3.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1044.

<sup>92</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 2, Nr. 96 v. 16.11.1948 ff. und Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes der KPD v. 13.3.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1054.

<sup>93</sup> Vgl. die entsprechenden Ratsprotokolle, Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes der KPD v. 13.3.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1044 sowie Neues Leben, Jg. 2, Nr. 104 v. 14.12.1948 ff. und StALu, N 1, Nr. 164.

<sup>94</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes v. 4.1.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045 sowie den EntschlieÙungsentwurf „Zum 3. Landesparteitag“, in: StALu, N 1, Nr. 168.

März 1949 Otto Niebergall und Wilhelm Prinz, am kommenden Tag ein klärendes Gespräch mit Müller „über sein Verhältnis zu Sekretariat, Landesvorstand und Partei“ zu führen<sup>96</sup>. Am 22. März 1949 informierte Prinz über das Gespräch: Danach habe Müller nicht die Absicht, Schritte gegen das Sekretariat, den Landesvorstand oder die Partei zu unternehmen. Er sei krank und deprimiert über das Verhalten von Willy Feller. Nach einem Urlaub sei er aber bereit, wieder mitzuarbeiten. Trotzdem forderte Willy Feller einen politischen Rückzug von Müller, da er auch im Landtag passiv sei, aber die KPD acht aktive Abgeordnete brauche<sup>97</sup>. Am 9. April 1949 beschloß das Sekretariat, Herbert Müller aufgrund seines Fehlens im Landtag vorzuladen. Nachdem Müller nicht erschien, wurde Otto Niebergall erneut mit einem Gespräch beauftragt<sup>98</sup>. Tatsächlich nahm dann Herbert Müller am 22. April 1949 erstmals wieder an einer Sitzung des Sekretariats teil; Otto Niebergall gab die Ergebnisse der Aussprache mit Müller bekannt. Müller habe keine Opposition betrieben, sondern sei tatsächlich krank gewesen. Ab sofort übernehme Müller verantwortlich die Arbeit in der BASF, bilde gemeinsam mit Robert Weber, Fritz Baumgärtner und Max Frenzel das Sekretariat in Ludwigshafen und sei dort verantwortlich für Arbeit und Soziales<sup>99</sup>.

Zum 3. Landesparteitag der KPD in Rheinland-Pfalz, der anlässlich des 100. Jahrestages des Pfälzischen Aufstandes 1849 für den 18. und 19. Juni 1949 nach Kaiserslautern einberufen worden war, erschienen 932 Delegierte. Sie vertraten 21 Betriebsgruppen, 58 Stadtteil- und 155 Ortsgruppen. Von den 80 Mitgliedern des Landesvorstandes war genau die Hälfte erschienen. Das Referat hielt Otto Niebergall zum Thema: „Die KPD im Kampf um nationale Unabhängigkeit und Frieden“. Die öffentliche Abendveranstaltung des Parteitages stand unter dem Motto: „Nationale Front für Einheit, Unabhängigkeit und Frieden“. Gleichzeitig referierten Willy Feller in Frankenstein, Herbert Müller in Olsbrücken sowie Fritz Baumgärtner in Otterberg. Am Sonntag gab Wolfgang Greisinger den Tätigkeitsbericht des Sekretariats. In der anschließenden Diskussion sprachen 22 Delegierte. Abschließend wurden die 52 Landesvorstandsmitglieder, darunter Otto Niebergall als Landesvorsitzender und Herbert Müller als Mitglied des Sekretariats gewählt. Aus den Reihen der Delegierten wurde Herbert Müller als stellvertretender Landesvor-

---

<sup>95</sup> Vgl. die nachfolgenden Protokolle, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045 sowie „Entschließung des 3. Landesparteitages der KPD in Rheinland-Pfalz“, in: StALu, N 1, Nr. 168.

<sup>96</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes der KPD v. 13.3.1949 und des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 15.3.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1044.

<sup>97</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD am 22. und 29.3.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>98</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD am 9. und 12.4.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

sitzender vorgeschlagen, was Müller jedoch ablehnte. Die Entschließung des Parteitages wurde von den Delegierten unverändert bestätigt. Der ebenfalls als Sekretariatsmitglied bestätigte Willy Feller bewertete rückblickend den Parteitag in „Neues Leben“ als Markstein in der Parteientwicklung. Es bestehe eine zunehmende ideologische und politische Klarheit<sup>100</sup>.

#### Titoismus in der Pfalz 1949/50

Auf der Sitzung des Sekretariats am 7. Juni 1949 wurde erstmals über die Landesliste der KPD zur Bundestagswahl gesprochen. Dabei plädierte Otto Niebergall für die Besetzung von Platz 2 durch ein Mitglied der Betriebsgruppe der BASF, während Herbert Müller Fritz Baumgärtner für Platz 2 vorschlug. Willy Feller sprach sich eindeutig gegen Baumgärtner aus und forderte Platz 2 für ein Mitglied des Sekretariats<sup>101</sup>. Unmittelbar nach dem 3. Landesparteitag konkretisierte das Sekretariat seine Vorstellungen über die Besetzung der Landesliste: Otto Niebergall wurde für Platz 1, Reinhold Gerhard von der Betriebsgruppe der BASF für Platz 2, Willy Feller für Platz 3 vorgesehen. Der Platz 4 sollte durch einen Vertreter des Kreises Neustadt und der Platz 6 durch einen Vertreter des Kreises Ludwigshafen - entweder Fritz Baumgärtner oder Herbert Müller - wahrgenommen werden. Feller wurde der Wahlkreis Ludwigshafen zugesagt<sup>102</sup>. Allerdings nahmen dann die Wahlkreisversammlungen am 3. Juli 1949 einen für das Sekretariat überraschenden Verlauf: So sprach sich die Ortsgruppen in Ludwigshafen für Fritz Baumgärtner statt Willy Feller aus. Die Folgen hatte Herbert Müller am 5. Juli 1949 auf der Sitzung des Sekretariats zu tragen: Laut Otto Niebergall war die Entscheidung für Baumgärtner eine Torpedierung des Sekretariats und eine Fortsetzung der Ereignisse auf dem 3. Landesparteitag. Willy Feller stellte fest, daß die Wahlversammlung in Ludwigshafen-Friesenheim durch Herbert Müller fraktionell vorbereitet gewesen sei, um seine Kandidatur zu verhindern. Die Betriebsgruppe BASF und die Stadtteilgruppe Nord hätten sich ebenfalls für Baumgärtner ausgesprochen. Herbert Müller müsse aus dem Sekretariat sowie aus dem Kreissekretariat in Ludwigshafen abgewählt werden, da er dort fraktionell tätig sei. Müller bestritt eine fraktionelle Vorbereitung der Dele-

---

<sup>99</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 22.4.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>100</sup> Vgl. die Dokumentation des 3. Landesparteitages der KPD, in: Neues Leben, 3. Jg., ab Nr. 64 v. 18.6.1949 ff. sowie MDAE, AdO, RP, C 1092 und SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1043.

<sup>101</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 7. 6.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>102</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 21.6.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.



giertenkonferenz, worauf Feller ihm ein doppeltes Spiel vorwarf und bekräftigte, dass auch der 3. Landesparteitag fraktionell vorbereitet gewesen sei. Ausdruck habe dies in dem Vorschlag gefunden, Müller zum stellvertretenden Landesvorsitzenden zu wählen. Abschließend faßte Otto Niebergall zusammen: Ludwigshafen sei geprägt von „Versöhnlern“, darunter Herbert Müller, was auch die Ursache des Konflikts zwischen Müller und Feller sei. Baumgärtner müsse zugunsten von Feller verzichten. Darüber hinaus habe Herbert Müller eine handschriftliche Stellungnahme zu folgenden Punkten abzugeben: „a) Die Bedenken Herbert Müllers auf dem 2. Landesparteitag gegen eine EntschlieÙung zur Verschmelzung von SED und KPD, b) Die Begründung für einen Brief Herbert Müllers über die Frage eines eventuellen Verbotes der Partei im Zusammenhang mit der VolkskongreÙkampagne, c) Seine Zusammenarbeit mit parteifeindlichen Elementen belegt durch den Fund von Tito-Materialien bei Herbert Müller, d) Eine ausführliche Stellungnahme zur Politik der Partei“. Müller habe die Stellungnahme Niebergall zu übergeben, der sie an den PV weiterleiten werde. Die Nachfrage Müllers, ob gegen ihn eine Pressekampagne geplant sei, bejahte Feller indirekt, indem er erklärte, man müsse zu innerparteilichen Vorgängen auch in Rheinland-Pfalz Stellung nehmen. Daraufhin forderte Niebergall Müller auf zu erklären, ob er bereit sei, den geforderten Brief zu schreiben sowie seine Funktion im Kreissekretariat Ludwigshafen aufzugeben. Müller erklärte sich dazu bereit, allerdings mit dem Hinweis, dass er keine Zusammenarbeit mit parteifeindlichen Elementen betreibe. Anschließend beschloss das Sekretariat: „a) Herbert Müller stellt seine Arbeit im Kreis Ludwigshafen ein, b) er konzentriert sich auf die BASF, c) das Kreissekretariat und der Kreisvorstand Ludwigshafen tagen am 9. Juli 1949, d) Herbert Müller wird am 10. Juli 1949 auf der Kreisdelegiertenversammlung in Ludwigshafen ein Referat zur Begründung der Wahl von Willy Feller halten<sup>103</sup>.

Die Vorwürfe gegen Herbert Müller waren in mehrerlei Hinsicht ungerechtfertigt: Bereits in der Weimarer Republik hatte er sich immer an der Linie des ZK orientiert, insofern war seine Abqualifizierung als „Versöhnler“ abwegig<sup>104</sup>. Auch die Zusammenarbeit mit „parteifeindlichen Elementen“ - gemeint waren die Anhänger Titos in der KPD - war durch den Fund von „Tito-Material“ nicht bewiesen. Tatsächlich war Herbert Müller im Sommer 1949 im Besitz von Informationsbroschüren der Jugoslawischen Botschaft gewesen. Diese waren aus seinem Schreibtisch von einer Mitarbeiterin des Landesvorstandes entwendet und anschließend dem PV zugesandt worden. Solche Broschüren hatten selbst nach den Angaben

---

<sup>103</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 5.7.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>104</sup> Zur Rolle der „Versöhnler“, der „Mittelgruppe“ zwischen der Parteirechten und der Parteilinken in der KPD während der Weimarer Republik, vgl. Weber (Anm. 5), S. 17 f.

des PV außer Müller aber noch sehr viele KPD-Funktionäre zugesandt bekommen. Sie waren nach eigener Aussage von Herbert Müller in seiner Parteiagitation gegen den Titoismus verwendet worden<sup>105</sup>. Zunächst einmal ging Herbert Müller einer weiteren Konfrontation aus dem Weg, indem er sich für die Sekretariatssitzungen am 8. und 15. Juli 1949 mit Aufsichtsratssitzungen entschuldigte. Daraufhin beschloß das Sekretariat am 8. Juli 1949, daß Müller zur nächsten Sitzung am 15. Juli 1949 zu erscheinen habe. Einer Aufforderung, der Müller nicht nachkam. Entsprechend beschloß das Sekretariat, daß Müller unter diesen Umständen kein Mitglied des Sekretariats mehr sein könne. Gleichzeitig wurde die innerparteiliche Isolierung Müllers fortgesetzt: So wurde auf Vorschlag des Sekretariats zur Besetzung der Landesliste zur Bundestagswahl der Neustadter Karl Breyer von Platz vier auf sieben verschoben, da Willy Feller Bedenken äußerte. Breyer war Schwager von Ludwig Manderschied, dem wiederum Verbindungen zu Müller nachgesagt wurden<sup>106</sup>.

Auf den Wahlkreiskonferenzen am 10. Juli 1949 konnte das Sekretariat seine Linie letztlich durchsetzen: So wurde doch Willy Feller für den Wahlkreis Ludwigshafen-Frankenthal nominiert. Fritz Baumgärtner mußte sich mit dem Wahlkreis Zweibrücken-Pirmasens begnügen. Herbert Müller erhielt als einziges Mitglied des bisherigen Sekretariats keinen Wahlkreis<sup>107</sup>. Während der PV sich damit einverstanden erklärt hatte, daß Müller nicht mehr Mitglied des Sekretariats war und auf eine „ordnungsgemäße Erledigung“ der Angelegenheit drängte, wurde vorab schon im Kreis Speyer verkündet, daß ein Parteiverfahren gegen Müller laufe. Willy Feller war deshalb der Ansicht, daß die Maßnahmen nun sofort eingeleitet werden müßten. Laut Otto Niebergall war der erste Schritt hierzu die Abberufung von Müller aus dem Sekretariat. Auch sollte Müller seine Mandate zur Verfügung stellen<sup>108</sup>. Auf der Sekretariatssitzung vom 15. Juli 1949 lag ein vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Kurt Müller mit gleichem Datum unterzeichnetes Schreiben des PV vor, das in Bezugnahme auf ihm zugespielten „Tito-Materialien“ aus dem Besitz von Herbert Müller feststellte, daß Müller „einen engen gruppenmässigen Kontakt mit jugoslawischen Stellen organisiert“ habe. Seine „Haltung zur Parteileitung und zu verschiedenen Problemen“ decke sich mit Erscheinungen, „wie sie die parteifeindliche Tito-Clique praktiziert“. Müller wurde aufgefordert, dem PV innerhalb von acht Tagen eine

---

<sup>105</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser v. 20.10.1993. Zur Versendung von „Tito-Materialien“ an Mitglieder und Funktionäre der KPD vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 19. und 20.8.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, DY 30 IV 2/2/39.

<sup>106</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 8.7.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>107</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 3, Nr. 75 v. 14.7.1949.

<sup>108</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 15.7.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

ausführliche politische Erklärung „unter Nennung von Namen und Adressen zu Jugoslawien“ zu übermitteln<sup>109</sup>. Am 16. Juli 1949 trat in Mainz erneut das Sekretariat zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurde Herbert Müller der Brief des PV übergeben. Müller billigte dieses Vorgehen, betonte aber, nie im Gegensatz zur Partei gestanden zu haben. Außerdem gab er bekannt, auf der Landesliste zur Bundestagswahl nicht kandidieren zu wollen. Der stellvertretende Parteivorsitzende Walter Fisch begrüßte diese Entscheidung und betonte, daß Müller bis zum Abschluß der Angelegenheit kein Mitglied des Sekretariats sein könne. Auch mit dieser Entscheidung war Müller einverstanden, erklärte jedoch, Mitglied des Landesvorstandes bleiben zu wollen. Otto Niebergall betonte noch einmal Müllers Funktionsentzug in Ludwigshafen sowie bis auf weiteres seine Nichtverwendung als Referent<sup>110</sup>.

Am 14. August 1949 erhielt die KPD in Rheinland-Pfalz 88.948 Stimmen (6,2%), weshalb nur Otto Niebergall über die Landesliste der Einzug in den Bundestag gelang. Mit diesem Ergebnis hatte die KPD zwar in Rheinland-Pfalz einen kleinen Gewinn gegenüber der Kommunalwahl von 1948 (87.327) erzielt, war aber erneut deutlich unter dem Ergebnis der Landtagswahl von 1947 (100.819) geblieben. Immerhin hatte sie jedoch das bundesweite Ergebnis der Partei um 0,5 % und in der Pfalz mit 9,3 % (47.092) sogar deutlich das Kreistagswahlergebnis von 1948 (44.365) überboten. Nach der für KPD insgesamt enttäuschenden Bundestagswahl erfolgte die Umwandlung der westdeutschen KPD in eine „Partei neuen Typus“ nach dem Vorbild der SED. Verdrängt werden aus führenden Positionen sollten alle Mitglieder, die sich vor 1933 einer linken oder rechten Abweichung schuldig gemacht hatten oder seit 1945 von der SPD zur KPD gestoßen waren, weiterhin auch alle ehemaligen Westemigranten. Auftakt zur Umwandlung der rheinland-pfälzischen Landesorganisation war die Durchführung des Parteiverfahrens gegen Herbert Müller. Am 23. August 1949 wurde er per Telegramm für den folgenden Tag von Kurt Müller vorgeladen. Dieser wiederholte noch einmal die bereits am 15. Juli 1949 schriftlich formulierten Vorwürfe und Aufforderungen, was den Entfernungsprozeß zwischen Herbert Müller und der KPD nur beschleunigte<sup>111</sup>. Trotzdem demontierte die KPD ihren ehemaligen Landesleiter weiter: Das Sekretariat des PV der KPD beschloß am 13. September 1949 eine Untersuchung gegen ihn einzuleiten und bekräftigte, seine Funktionen ruhen zu lassen<sup>112</sup>. Am 14. September 1949 wurde Herbert Müller auf einer Sitzung der kommunistischen Stadtratsfraktion in

---

<sup>109</sup> Vgl. das Original des Schreibens, in: StALu, N 1, Nr. 171.

<sup>110</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 16.7.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>111</sup> Mündliche Auskunft Herbert Müller an den Verfasser v. 20.10.1993. Vgl. StALu, N 1, Nr. 171.

Ludwigshafen erstmals aufgefordert, von seinem Fraktionsvorsitz zurückzutreten<sup>113</sup>. Am 17. September 1949 erschien in „Neues Leben“ ein Artikel von Kurt Müller: „Besteht die Gefahr des Titoismus in unserer Partei?“. Darin verwies er auf die ersten Erfolge der „marxistisch-leninistischen Festigung“ der Parteiorganisation und bezeichnete das Nachlassen der Kritik an der antisowjetischen Entwicklung in Jugoslawien als Fehler. Dieses Versäumnis gelte es nachzuholen. Auch die pfälzischen Kommunisten begannen sofort nach dem Artikel von Kurt Müller mit der Kritik an der „Verrätergruppe Titos“, rechtfertigten die in Osteuropa anlaufenden Schauprozesse und forderten ein entschlossenes Vorgehen gegen Parteifeinde<sup>114</sup>. Entsprechend beschloss das Sekretariat am 19. September 1949, die „Angelegenheit Herbert Müller“ für eine breite Kampagne inner- und außerhalb der Partei zu nutzen. Innerhalb der Organisation sollte eine breite Diskussion entfaltet und durch „Neues Leben“ nach außen getragen werden. Grundlage sollte das Parteiverfahren gegen Herbert Müller sein, das ihm zur Last legte: „a) Parteifeindliche Verbindungen, die die Gefahr des Titoismus in der Organisation fördern, b) Ständiges Zurückweichen vor den Maßnahmen der Militärregierung gegen die Partei, c) Selbstherrliches Verhalten und Fehlen von Kritik und Selbstkritik“<sup>115</sup>. Bereits einen Tag später forderte das Sekretariat Herbert Müller erneut auf, den Fraktionsvorsitz im Ludwigshafener Stadtrat niederzulegen. Begründet wurde dies „wegen seines Versagens in der bisherigen Tätigkeit“ und mit dem Parteiverfahren<sup>116</sup>. Hierauf resignierte Müller endgültig und teilte am 21. September 1949 dem Ludwigshafener Oberbürgermeister seinen Rücktritt vom Fraktionsvorsitz mit<sup>117</sup>.

Am 25. September 1949 erklärte der Beigeordnete in Neustadt, Ludwig Manderschied, seinen Austritt aus der KPD und seinen Übertritt in die SPD. Manderschied begründete seinen Entschluß mit seiner politischen Selbsttäuschung nach 1945, in der Hoffnung auf ein Lernen der KPD aus ihren Fehlern vor 1933<sup>118</sup>. Völlig die Entwicklung verkennend, stellte das Sekretariat am 27. September 1949 nur selbstkritisch fest, im Fall Herbert Müller nicht entschlossen genug gehandelt zu haben<sup>119</sup>. Für den 28. September 1949 lud die Ludwigshafener KPD zu einer erweiterten Kreisvorstandssitzung ein, die nur einen

---

<sup>112</sup> Vgl. Mayer, Herbert: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern ...?, Berlin 1995, S. 18.

<sup>113</sup> Vgl. StALu, N 1, Nr. 171.

<sup>114</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 3, Nr. 103 v. 17.9.1949 f.

<sup>115</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 19.9.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>116</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 20.9.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

<sup>117</sup> Vgl. das entsprechende Schreiben von Herbert Müller, in: StALu, N 1, Nr. 171.

<sup>118</sup> Vgl. Die Freiheit, Jg. 3, Nr. 115 v. 30.9.1949.

<sup>119</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 27.9.1949, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1045.

„besonderen Tagesordnungspunkt“ umfaßte, nämlich „Besteht die Gefahr des Titoismus in unserer Partei?“<sup>120</sup>. Müller war jedoch nicht mehr bereit, sich weiter der Parteiquisition zu stellen, sondern formulierte nach 30jähriger Zugehörigkeit zur kommunistischen Bewegung seine Austrittserklärung aus der KPD, der er gleichzeitig seinen Beitritt zur SPD folgen ließ<sup>121</sup>. Daraufhin entschloß sich der SPD-Bezirksvorstand, nachdem nach Manderschied und Müller am 28. September 1949 auch noch der Speyerer Regierungsrat Fritz Thiery und der Betriebstechniker der Stadtwerke Neustadt Franz Kuhn ihren Übertritt von der KPD zur SPD erklärten, diesen Parteiwechsel am 30. September 1949 groß im Organ der pfälzischen Sozialdemokratie herauszustellen. Durch die Indiskretion eines Druckers der „Freiheit“ wurde aber der Parteiwechsel Herbert Müllers noch am Abend des 28. September der KPD bekannt und auf der erweiterten Kreisvorstandssitzung in Ludwigshafen auch thematisiert. Vorsorglich wurde für den Fall der Bestätigung ein Parteiausschluß Müllers vorgenommen. Müller begründete seine Entscheidung mit der persönlichen Demütigung durch die KPD. Diese sei stärker gewesen als die Demütigung, die er durch die Nationalsozialisten erlebt habe. Dabei verwies er auf seine Konflikte mit Willy Feller, die auch die Beschäftigung seines Sohnes Walter beim Parteiorgan bedrohten. Seine erfolgreiche Arbeit als Fraktionsvorsitzender der KPD sei durch Otto Niebergall und Willy Feller mit der Begründung „er sei zu menschlich“ beendet worden. Dazu bemerkte Herbert Müller, daß er sich immer bemüht habe, den politischen Gegner zu achten. Weiter verwies er darauf, daß er niemals eine Plattform mit Tito oder eine Opposition innerhalb der KPD gebildet habe<sup>122</sup>.

„Neues Leben“ gab am 1. Oktober 1949 den „Ausschluß des Tito-Agenten Herbert Müller“ aus der KPD auf Beschluß des PV bekannt. In der Begründung wurde der Landesverband vom PV zu einer gründlichen Diskussion und ideologischen Festigung aufgerufen. Herbert Müller sei seit Monaten einer parteifeindlichen Tätigkeit durch den Aufbau von „Tito-Agenturen“ nachgegangen. Einer Klärung vor den Mitgliedern sei er ausgewichen. Die Aufnahme in die SPD habe er sich durch die Übergabe von KPD-Material erkaufte. Der PV bestätigte die Existenz eines schon länger tätigen Untersuchungsausschusses der KPD gegen Herbert Müller, der ihm moralische Verkommenheit bescheinigte. Zum Austritt von Ludwig Manderschied erklärten Parteifunktionäre aus Neustadt, daß dieser seit Monaten keine direkte Verbindung zur KPD mehr gehabt habe und forderten den

---

<sup>120</sup> Vgl. den Text der Einladung, in StALu, N 1, Nr. 171.

<sup>121</sup> Vgl. das handschriftliche und maschinenschriftliche Original v. 28.9.1949, in: StALu, N 1, Nr. 171.

<sup>122</sup> Mündliche Auskunft von Herbert Müller an den Verfasser v. 20.10.1993 und von Walter Müller an den Verfasser v. 17.2.1995. Vgl. Die Freiheit, Jg. 3, Nr. 115 v. 30.9.1949

Landesvorstand auf, gegen solche „Schwächlinge und Parteifeinde“ vorzugehen<sup>123</sup>. Am 2. Oktober 1949 trat der Landesvorstand zusammen. Das Referat hielt das Mitglied des Sekretariats des PV der KPD, Hermann Nuding. Er führte den „Fall Herbert Müller“ auf mangelnde Kontrolle durch die Partei und eine „sträfliche Duldsamkeit“ zurück<sup>124</sup>. Am 4. Oktober 1949 forderte das Sekretariat Herbert Müller schriftlich auf, seine Mandate an die KPD zurückzugeben. Ansonsten behalte sich die Partei „alle weiteren Schritte vor“, ohne daß Landesvorsitzender Niebergall diese Drohung genauer ausführte<sup>125</sup>. Auch in der Presse blieb die KPD bei ihrem Standpunkt, Müller bereits vor seinem Übertritt ausgeschlossen zu haben, da das seit Wochen laufende Parteiverfahren ihn der „Agententätigkeit“ überführt habe. Seine Austrittsbegründung bezeichnete sie als offenen Trotzismus<sup>126</sup>.

Müller wurde also der größtmöglichen Abweichung beschuldigt; völlig verkennend, dass er seine Führungsposition innerhalb der KPD erst durch den Ausschluss der Trotzisten erworben hatte. Aber genauso rituell wie 1928 verurteilten nun die pfälzischen Kommunisten Herbert Müller in ihren Versammlungen<sup>127</sup>. Dies war für die Partei auch von großer Wichtigkeit, da keinesfalls klar war, wie viele Kommunisten sich noch am Beispiel Herbert Müllers orientieren und der Aufforderung der SPD zum Übertritt folgen würden. Entsprechend mussten am 11. Oktober 1949 unter dem Motto „Die Krise der Parteifeinde“ auch die beiden Söhne Müllers ihre Treue zur KPD in „Neues Leben“ öffentlich bekunden<sup>128</sup>. Am 24. Oktober 1949 luden die Ludwigshafener Kommunisten Müller für den 3. November 1949 zu einer öffentlichen Diskussionsversammlung mit Otto Niebergall über seinen „Parteiausschluß“ ein. Bemerkenswerterweise wurde Herbert Müller nicht nur unbeschränkte Redezeit zugesichert, sondern auch, daß er „ohne körperliche Schäden wieder nach Hause kommen“ würde<sup>129</sup>. Damit nicht genug, versuchte die KPD Müller zur Rückgabe seiner Mandate zu nötigen, in dem sie ihm im Weigerungsfalle die Veröffentlichung von Gestapounterlagen ankündigte, die belegen sollten, daß er zwischen 1933 und 1936 mit den Nationalsozialisten kooperiert habe. In seinem Antwortschreiben verwies Müller auf einen Beschluß des Sekretariats vom März 1948, der die nun wiederholten Vorwürfe bereits als mißgünstigen Klatsch abgetan hatte. Offensichtlich solle nun die Sympathie für ihn in der

---

<sup>123</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 3, Nr. 109 v. 1.10.1949.

<sup>124</sup> Vgl. das Referat von Hermann Nuding, in: SAPMO BArch, ZPA, NY 4142/63.

<sup>125</sup> Vgl. das Schreiben v. 4.10.1949 von Otto Niebergall an Herbert Müller, in: StALu, N 1, Nr. 171.

<sup>126</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 3, Nr. 111 v. 6.10.1949.

<sup>127</sup> Vgl. die ausführliche Berichterstattung über die Mitgliederversammlungen, in: Neues Leben, Jg. 3, Nr. 111 v. 6.10.1949 ff.

<sup>128</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 3, Nr. 113 v. 11.10.1949.

<sup>129</sup> Vgl. die persönliche Einladung des Kreisverbandes Ludwigshafen an Herbert Müller, in: StALu, N 1, Nr. 171.

KPD zerstört werden, da die Mitgliederzahlen rückläufig seien und die verbliebene Mitgliedschaft verunsichert sei. Ausgetretenen Mitgliedern werde Konsequenzen angedroht, wenn „die Russen kommen“. Solche Drohungen bezeichnete Müller treffend als Ausdruck der tatsächlichen Schwäche der KPD<sup>130</sup>.

Am 12. Dezember 1949 trat der Zweibrücker Partei- und Fraktionsvorsitzende der KPD, Georg Kuhn, unter Beibehaltung seines Mandates zur SPD über. Daraufhin rief am 15. Dezember 1949 das Sekretariat zu erhöhter Wachsamkeit gegen Parteifeinde auf. In der nachfolgenden Warnung vor Kontakten mit dem „Tito-Agenten“ Herbert Müller verwendete „Neues Leben“ jedoch die Formulierung „nach seinem Austritt aus der Partei“. Am nächsten Tag wurde die Warnung noch einmal abgedruckt und die offizielle Parteiversion „nach seinem Ausschluß“ wiedergegeben<sup>131</sup>. Weiterhin wurde gegen die gesamte Redaktion ein Untersuchungsverfahren wegen „Sabotage und ideologischer Abweichung“ eingeleitet. Chefredakteur Feller wurde ungenügende Wachsamkeit vorgeworfen<sup>132</sup>. Zusätzlich verpflichtete eine Betriebsgruppenversammlung bei „Neues Leben“ am 11. Januar 1950 die Mitglieder, „alle Beziehungen zu dem Tito-Agenten Müller, der im Dienste eines ausländischen Geheimdienstes arbeitet“, abubrechen. Walter Müller lehnte jedoch nur politische, aber nicht persönliche Kontakte zu seinem Vater ab<sup>133</sup>. Daraufhin wurden Walter Müller, seine Ehefrau und Herbert Müllers Schwager Willi Schmitz am 17. Januar 1950 durch das Landessekretariat aus ihrer Tätigkeit für die KPD entlassen und aus der Partei ausgeschlossen<sup>134</sup>.

## Niedergang und Verbot 1951-1956

Die Verfemung von Herbert Müller löste in der Folge einer Erosion sowohl unter der Mitgliedschaft als auch unter den Wählern der pfälzischen KPD aus. Als gewerkschaftlicher Opportunist verunglimpft, verließ am 18. Februar 1951 mit dem Landesvorsitzenden der IG Metall, Fritz Baumgärtner, auch Müllers Amtsvorgänger die Partei. Erneut stand nun die Kreisleitung Ludwigshafen in der Kritik, da sie den Opportunismus von Baumgärtner gedeckt habe. Deshalb wurde für den 23. Februar 1951 eine außerordentliche Parteiarbeiterkonferenz

---

<sup>130</sup> Vgl. die Erklärung Herbert Müllers: „Inbezug Gestapoverhör“, in: StALu, N 1, Nr. 171.

<sup>131</sup> Vgl. Neues Leben, Jg. 3, Nr. 141 v. 15.12.1949 f.

<sup>132</sup> Vgl. Die Freiheit, Jg. 3, Nr. 146 v. 22.12.1949. Zu den Säuberungen bei Neues Leben vgl. auch StALu, N 50 (Nachlass Walter Müller), Nr. 2.

<sup>133</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 13.1.1950, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1047.

<sup>134</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD v. 17.1.1950, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1047 sowie Neues Leben, Jg. 4, Nr. 8 v. 19.1.1950.

einberufen, um die Parteiorganisation gegen die Parteifeinde zu aktivieren. Dort forderte das Sekretariat von Max Frenzel, der seit 1949 als Sekretär bei der Verwaltungsstelle Ludwigshafen der IG Metall beschäftigt war, eine öffentliche Distanzierung von Baumgärtner. Da Frenzel dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er erneut aus der KPD ausgeschlossen<sup>135</sup>. Nach der Verdrängung der erfahrenen Kräfte aus der Weimarer Republik sollten nach Ansicht des PV nun junge Kräfte die Schlagkraft der Partei wieder erhöhen: Für Rheinland-Pfalz bedeutete dies, dass als neuer Landesvorsitzende der erst 1949 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte 27-jährige Pirmasenser Georg Gampfer inthronisiert wurde, der als Lehrer einer Antifa-Schule und Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland im Gegensatz zu seinen Amtsvorgängern nicht den Makel eines Westemigranten hatte<sup>136</sup>. Aber auch der glühende Stalinist Gampfer konnte vor dem Hintergrund der innerparteilicher Zerwürfnisse, bei gleichzeitigem wirtschaftlichen Aufschwung im Westen und der Massenflucht aus der DDR, den Niedergang nicht mehr stoppen: Am 29. April 1951 erzielte die KPD mit 62.483 Stimmen (4,4 %) ihr bisher schlechtestes Ergebnis in Rheinland-Pfalz und schied aus dem Landtag aus. Nur in der Pfalz hatte sie mit 32.363 Stimmen (6,4 %) die 5%-Hürde genommen. Trotzdem gingen die Säuberungen weiter: Am 16. April 1952 drohte das Sekretariat Willy Feller einen Parteiausschluss an. Feller war bereits im Juni 1951 als Mitarbeiter des PV abgesetzt und schließlich im März 1952 auch in der Pfalz aller Parteifunktionen unter Einschluss seines Stadtratsmandates entbunden worden. Nachdem eine erste Aufforderung zur Selbstkritik wegen seines „unbeherrschten Verhaltens in der Öffentlichkeit“ am 27. Juni 1952 in „Unser Tag“ – dem Nachfolgeorgan des 1950 verbotenen „Neuen Lebens“ - ohne Reaktion geblieben war, wurde diese am 2. August 1952 verschärft und die der Duldsamkeit beschuldigte Landesleitung aufgefordert, ihn wegen seines Verstoßes gegen die „Reinheit der Partei“ zur Verantwortung zu ziehen. Schließlich kam Feller am 5. September 1952 in „Unser Tag“ der Aufforderung zur Selbstkritik nach. Trotzdem blieb Feller bis zum Parteiverbot ohne weitere politische Funktion innerhalb der KPD<sup>137</sup>.

Die „gereinigte Partei“ musste auch bei der Kommunalwahl am 9. November 1952 erhebliche Verluste gegenüber 1948 hinnehmen. So war sie z.B. nur noch in zwei pfälzischen Kreistagen (Kusel und Ludwigshafen) vertreten, allerdings mit 5,3 % erneut im Bezirkstag. Auf der Gemeindeebene erreichte sie den Wiedereinzug nur in ihren bisherigen

---

<sup>135</sup> Vgl. Unser Tag, Jg. 6, Nr. 21 v. 17.2.1951 ff.

<sup>136</sup> Vgl. Fülberth, Georg: KPD und DKP 1945-1990, Heilbronn 1990, S. 79.

<sup>137</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Landesvorstandes der KPD vom 16.4.1952, in: SAPMO BArch, ZPA, BY 1 1049 sowie Unser Tag, Jg. 7, Nr. 133 v. 27.6.1952 ff.



Schwerpunkten; im Kreis Kusel konnte sie zwei Ortsbürgermeister stellen. Aber auch Kommunalmandate stellten im Zuge des Kalten Krieges keine Schutzfunktion für die nun durch ihre Ablehnung der westdeutschen Remilitarisierung in das Visier der Justiz gelangten pfälzischen Stalinisten da; allein in Ludwigshafen verloren bis 1956 von fünf kommunistischen Abgeordneten, drei ihr Betriebsratsmandat wegen ihrer politischen Betätigung durch Arbeitsgerichtsprozesse; zwei davon sogar den Arbeitsplatz. Das KPD-Verbot im August 1956 traf also eine längst von der eigenen Basis entfernte und gesamtgesellschaftlich völlig isolierte Partei. Die gewählten kommunistischen Abgeordneten in der Pfalz konnten ihre Mandate noch über das am 17. August 1956 erfolgte KPD-Verbot hinaus bis zur Kommunalwahl am 11. November 1956 wahrnehmen. Danach war den verbliebenen pfälzischen Kommunisten bis zur Konstituierung der DKP am 24. September 1968 nur noch eine illegale Betätigung möglich. Allerdings bei der Kommunalwahl am 8. Juni 1969 erhielt die DKP auch in Ludwigshafen gerade einmal 3,3 % Wählerstimmen. Nur im Stadtteil Nord - der traditionellen KPD-Domäne - kam sie über die 5%-Hürde. Darüber hinaus hatten Männer ab 60 und älter mit 7,1 % die DKP gewählt. Der pfälzische Kommunismus hatte sich selbst überlebt<sup>138</sup>.

---

<sup>138</sup> Vgl. Becker, Klaus J.: Demokratische Konsolidierung und Wirtschaftswunder. Leben in Ludwigshafen 1948-1965, in: Geschichte der Stadt Ludwigshafen am Rhein, Band 2, Ludwigshafen a R. 2004, S. 565 ff. und S. 747.